



# Landtag von Baden-Württemberg

145. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Freitag, 5. März 2021 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 12:47 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin. . . . .	8969	Abg. Andreas Stoch SPD . . . . .	8985
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Barbara Saebel . . . . .	8969	Abg. Bernd Gögel AfD . . . . .	8989
Abg. Carola Wolle AfD (zur Geschäftsordnung) . . . . .	8969	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) . . . . .	8992
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung). . . . .	8970	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) . . . . .	8993
Beschluss. . . . .	8971	Beschluss . . . . .	8994
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung). . . . .	8971	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Abstimmung) . . . . .	8994
1. a) <b>Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021</b> und Aussprache		2. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim“</b> – Drucksache 16/9921	
b) Mitteilung der Landesregierung vom 26. Februar 2021 – <b>Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Neunte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO)</b> – Drucksache 16/9983.	8971	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/9985. . . . .	8995
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	8972	Beschluss . . . . .	8995
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP. . . . .	8976	3. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/9951	
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	8979	4. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/9955 . . . . .	8996
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU. . . . .	8982	Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 3 und 4. . . . .	8996
		Nächste Sitzung . . . . .	8996

## Protokoll

über die 145. Sitzung vom 5. März 2021

Beginn: 10:02 Uhr

**Präsidentin Muhterem Aras:** Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 145. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Frau Abg. Bay, Herr Abg. Grath, Herr Abg. Halder, Herr Abg. Hinderer, Herr Abg. Pix, Herr Abg. Renkonen, Frau Abg. Rolland und Herr Abg. Selcuk.

Außerdem ist Frau Staatssekretärin Bärtl Mielich entschuldigt.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor.  
– Sie nehmen davon Kenntnis. Vielen Dank.

\*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz vom 22. Februar 2021 – 13. Tätigkeitsbericht des Rundfunkbeauftragten für den Datenschutz des Südwestrundfunks für das Jahr 2020 – Drucksache 16/9962

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung der Landesregierung vom 24. Februar 2021 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 16/9981

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

\*

Meine Damen und Herren, wir haben heute ein Geburtstagskind in unseren Reihen. Frau Kollegin Barbara Saebel hat heute Geburtstag. Liebe Frau Saebel, alles Gute zum Geburtstag!

(Beifall)

Mir liegt ein Geschäftsordnungsantrag von Frau Abg. Wolle von der AfD-Fraktion vor. – Frau Abg. Wolle, Sie wollten einen Geschäftsordnungsantrag stellen. Oder hat sich das erledigt?

**Abg. Carola Wolle** AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Hiermit beantrage ich im Namen der AfD-Fraktion, die Tagesordnung um den Punkt „Gewalt im Rahmen des Landtagswahlkampfes“ zu erweitern.

(Zurufe)

Stellen Sie sich einen Moment lang Folgendes vor: In einem kleinen beschaulichen baden-württembergischen Dorf wird

ein Wahlkampfstand der Grünen von Rechtsextremen angegriffen, der Stand wird verwüstet, der Landtagskandidat wird zu Boden gerissen und mit Fußtritten so stark verletzt, dass er ins Krankenhaus muss. Auf allen Sendern wird über den feigen Angriff durch Rechtsextreme berichtet. Noch am selben Abend gibt es in der ARD einen „Brennpunkt“ und im ZDF ein „ZDF spezial“. Die Kanzlerin und unser Ministerpräsident zeigen sich bestürzt, der Bundespräsident ist in Gedanken bei dem Opfer und seiner Familie. Am nächsten Morgen beherrscht das Thema alle Titelseiten der Zeitungen. Bundes- und Landesregierung versprechen weitere Maßnahmen im Kampf gegen Rechts.

Nun, zugegeben: Dieser Fall ist fiktiv. Dennoch ist es so oder so ähnlich passiert. Am Samstag, 20. Februar 2021, traf es in Schorndorf unseren Landtagskandidaten Stefan Schwarz. Linksextremisten, die sich selbst als Antifaschisten bezeichnen, die ihre Gesinnung aber mit Gewalt, mit faschistischen Methoden durchsetzen, greifen seinen Wahlkampfstand an und prügeln ihn so stark, dass er ins Krankenhaus muss.

Aber das war es auch schon so weit mit der Analogie, meine Damen und Herren. Die lokalen Medien berichten nur kurz darüber, kein „Brennpunkt“, kein „ZDF spezial“, keine Kanzlerin, kein Ministerpräsident, kein Bundespräsident, die öffentlich ihr Bedauern ausdrücken und dem Opfer gute Genesungswünsche übermitteln. Warum? Weil es mit Stefan Schwarz eben den Falschen – oder je nach Sichtweise den Richtigen – getroffen hat?

Doch dies ist leider kein Einzelfall. AfD-Abgeordnete, -Kandidaten und -Funktionäre werden regelmäßig Opfer von links-extremen Übergriffen der Antifa. AfD-Infostände werden gestürmt, Hauswände beschmiert, Groß- und Kleinplakate zerstört und Wirte bedroht. Sogar mancher Hausarzt verweigert AfD-Landtagskandidaten die Behandlung.

(Zuruf: Welcher?)

Aber das scheint hier in diesem Haus, wie es aussieht, niemanden zu kümmern.

Wenn es für die Vorsitzende der SPD Saskia Esken selbstverständlich ist, sich als Teil der Antifa zu empfinden, wenn die Grünen-Abgeordnete Renate Künast die Finanzierung der Antifa fordert, wenn die Grüne Jugend „Klare Sache, wir sind Antifa“ skandiert, wenn Landtagsabgeordnete der SPD und der Grünen hier im Haus an Aktionen der Antifa teilnehmen, und vor allem, meine Damen und Herren,

(Zurufe)

(Carola Wolle)

wenn sich in diesem Haus niemand von den linksextremistischen Antifa-Angriffen distanziert und wenn im „Kampf gegen rechts“ linksextremistische Antifagruppen ungeprüft finanziert werden, dann kann man davon ausgehen, dass linke Gewalt in unserem Land inzwischen als legitime Form der politischen Auseinandersetzung angesehen wird.

Da ist es dann nicht mehr weit bis zur Äußerung des Starpianisten Igor Levit. Bei AfD-Mitgliedern handelt es sich nach seiner Meinung um „Menschen, die ihr Menschsein verwirkt haben“.

Meine Damen und Herren, hier geht es nicht um richtig oder falsch, hier geht es um Leben und Tod, hier geht es um Leib und Leben.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Das sind doch bloß AfDler“!)

Dies schulterzuckend hinzunehmen – –

**Präsidentin Muhterem Aras:** Frau Abg. Wolle, ich darf Sie darauf hinweisen: Sie gehen jetzt in die sachliche Debatte.

**Abg. Carola Wolle** AfD: Ich erkläre gerade, warum ich diese Tagesordnung gern geändert haben würde.

(Vereinzelt Lachen)

Dies schulterzuckend hinzunehmen bedeutet nichts weniger als den Schritt zurück zur Weimarer Republik. Wollen wir es wirklich so weit kommen lassen? Es geht um die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie. Es darf keinerlei Zweifel daran geben, dass Gewalt in unserer Demokratie niemals Mittel der politischen Auseinandersetzung sein darf,

(Beifall)

ganz gleich, ob linke, rechte, islamistische oder sonstige Gewalt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist denen auch egal!)

Daran dürfen alle Demokraten unabhängig von ihrer politischen Verortung nicht den allergeringsten Zweifel lassen.

Das dröhnende Schweigen in der Folge des Angriffs auf Stefan Schwarz hat aber gezeigt, dass hier dringender Diskussionsbedarf besteht.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich lasse zuerst einmal über diesen Antrag abstimmen. Oder wollen Sie zu diesem Antrag sprechen? – Dann haben Sie das Wort, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Ich möchte eine Ergänzung zu diesem Geschäftsordnungsantrag machen. Die Geschäftsordnung sieht ja vor, dass man auch darüber debattiert.

Ich halte diesen Antrag für dringend geboten, aber ich rechne damit, dass die einschlägig Bekannten, die ja letztlich hinter

solchen Gewaltaktionen stehen – namentlich die grüne Partei, aber auch die Sozialdemokraten und leider mittelbar auch die CDU –, überhaupt kein Interesse daran haben, so etwas aufzuarbeiten. Leid und Gewalt gegen den politischen Gegner und Feind wird als legitim erachtet, wird als gerechtfertigt gesehen, und insofern sind die Hilfstruppen der Antifa gerade recht. Sie werden auch staatlich gepampert und subventioniert und werden dann bei Bedarf eingesetzt, um den politischen Feind niederzuringen, einzuschüchtern

(Unruhe)

und letztlich aus dem politischen Diskurs zu vertreiben.

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wo ist der Antrag? – Unruhe)

– Herr Sckerl ist natürlich eine ganz besondere Sumpflüte in dieser Art, der hier sofort versucht, diesen Diskurs auch abzuwürgen. Das passt alles in die Agenda

(Zurufe – Unruhe)

dieser Totalitaristen rein.

(Lebhafte Unruhe)

Aus diesem Grund ist es zwingend erforderlich, wenn Sie es wirklich ernst meinen sollten – auch die Herrschaften von Rot und Grün, die ja letztlich die politische Gewalt in ihrem Blut verankert haben –, wenn Sie – –

(Anhaltende lebhafte Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner!

(Zurufe, u. a. Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt reicht's! – Fortgesetzte lebhafte Unruhe)

– Moment! – Herr Abg. Dr. Fiechtner, jetzt gehen Sie zu weit.

(Unruhe)

Hier hat kein Mensch Gewalt in seinem Blut. Das weise ich zum einen als Präsidentin zurück.

Zum anderen bitte ich Sie, das zurückzunehmen. Andernfalls muss ich Ihnen einen Ordnungsruf erteilen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Oh, das wäre dann die Nummer 29. Das ist gut.

(Zurufe – Unruhe)

Also, ich will – –

(Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, dafür erteile ich Ihnen einen Ordnungsruf,

(Unruhe)

und ich bitte Sie letztmalig, sich in Ihrer Wortwahl zu mäßigen. Diese Wortwahl ist von der Bewertung her nämlich noch viel schlimmer, wenn Sie hier als Redner auftreten, als wenn Sie von hinten Zwischenrufe machen.

(Unruhe)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Die Frau Präsident zeigt natürlich mal wieder die Übergriffigkeit. Das ist auch Gegenstand eines Verfahrens vor dem Verfassungsgerichtshof gewesen.

(Unruhe)

Die Übergriffigkeit zeigt sich in – –

(Lebhafte Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, reden Sie bitte zu dem Geschäftsordnungsantrag! Ansonsten muss ich Ihnen das Wort entziehen. Reden Sie bitte zur Geschäftsordnung.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Ich habe ja niemanden persönlich benannt. Ich habe nur gesagt, dass gruppeninhärent diese Gewaltaffinität besteht.

Sie können aber hier ganz persönlich – jeder Einzelne für sich – beweisen, dass für Sie Gewalt eben kein Mittel der politischen Auseinandersetzung ist,

(Zurufe – Unruhe)

indem Sie dem Antrag von Frau Wollé zustimmen und sich persönlich – jeder Einzelne für sich – von diesen Gewalttaten distanzieren und auch die Diskussion hierüber eröffnen, dass Gewalt im politischen Diskurs – im Wahlkampf oder sonst wo – keine Position haben darf.

Sie von SPD und Grünen sowie von allen anderen Parteien, in Ihrer Verantwortung liegt es: Wie weit sinken wir in unserem Land noch ab?

(Zurufe – Unruhe)

Wie weit verroht der politische Diskurs?

(Zurufe – Unruhe)

Wollen wir es dulden,

(Zurufe – Unruhe)

dass körperliche Gewalt angewandt wird?

(Zurufe – Unruhe)

Wollen wir es dulden, dass Menschen angespuckt werden?

(Zurufe – Unruhe)

Wollen wir es dulden, dass Personen verletzt werden?

(Zurufe – Unruhe)

Wollen wir es dulden, dass Häuser beworfen werden, dass Autoreifen zerstochen werden?

Wollen Sie das alles dulden? Wenn nein, stimmen Sie diesem Antrag zu, und debattieren Sie darüber! Machen Sie den Menschen in diesem Land klar: Der politische Diskurs hat mit Worten zu erfolgen – oder gar nicht.

(Vereinzelt Beifall – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Geschäftsordnungsantrag. Daher lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Geschäftsordnungsantrag – Erweiterung der Tagesordnung um diesen Punkt – zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum nächsten Geschäftsordnungsantrag, gemeldet von Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

(Zurufe – Unruhe)

– Meine Damen und Herren, ich darf Sie um Ruhe bitten. Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag. Die Möglichkeit, ihn zu stellen, steht in unserer Geschäftsordnung. Herr Abg. Dr. Fiechtner hat das Wort.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Es ist dringend geboten, dass wir auch hier über die Klatsche debattieren, die die Landtagspräsidentin vom Verfassungsgerichtshof bekommen hat, wegen der Hausordnung und der erweiterten Sicherheitsüberprüfung. Der Verfassungsgerichtshof hat klar festgestellt, dass diese Hausordnung, die ehemals bestanden hat, verfassungswidrig war – also ein Anschlag gegen die Rechte des freien Mandats, gegen die Rechte des freien Abgeordneten.

Nicht umsonst hat man ganz schnell und heimlich die Hausordnung mit Wirkung vom 12. Februar geändert. Die Verhandlung vor dem Verfassungsgerichtshof war am 8. Februar.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich muss Sie kurz unterbrechen.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Da stand eindeutig fest, dass die Präsidentin verfassungswidrig gehandelt hat.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich muss Sie kurz unterbrechen. Ich muss Sie unterbrechen. Warten Sie bitte!

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Aus meiner Sicht muss man diesen Verfassungsbruch auch hier behandeln.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich habe Sie schon in fast jeder Sitzung daran erinnert – das wissen Sie ganz genau –: Die Erweiterung der Tagesordnung können Sie laut unserer Geschäftsordnung gar nicht beantragen. Deshalb können Sie auch gar nichts begründen. Nehmen Sie bitte Ihren Platz ein! Vielen Dank.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Aber Sie haben – –

(Beifall – Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Man hat es wenigstens gehört! – Unruhe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben jetzt nicht das Wort, und jetzt ist es gut.

Meine Damen und Herren, damit können wir jetzt in die Tagesordnung eintreten, und ich rufe **Punkt 1** unserer Tagesordnung auf:

**a) Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit**

(Präsidentin Muhterem Aras)

## den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021

### und Aussprache

#### b) Mitteilung der Landesregierung vom 26. Februar 2021 – Beteiligung des Landtags nach § 3 des Gesetzes über den Erlass infektionsschützender Maßnahmen – Neunte Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Corona-Verordnung über infektionsschützende Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus SARS-CoV-2 (Corona-Verordnung – CoronaVO) – Drucksache 16/9983

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit von 20 Minuten je Fraktion verständigt.

Zunächst erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns liegen lange Wochen des Lockdowns, vor uns liegt eine mögliche dritte Welle.

(Abg. Anton Baron AfD: Oh!)

Das führt uns in ein Dilemma. Wir alle sehnen uns nach dem Ende. Die Folgeschäden nehmen immer mehr zu. Einzelhandel, Veranstalter, Kultur, Hotellerie und Gastronomie und viele andere sind an ihrer Belastungsgrenze,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dafür tragen Sie die Verantwortung!)

und die meisten von uns auch.

Gleichzeitig wissen wir: Wenn wir jetzt zu unvorsichtig öffnen, gehen die Infektionszahlen durch die Decke. Innerhalb weniger Wochen könnten dann die Intensivstationen wieder volllaufen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die waren noch nie voll!)

Wir brauchten einen harten Lockdown, um Schlimmeres zu verhindern.

Zwischen einer unvorsichtigen Öffnung und einem Durch-die-Decke-Schießen der Infektionszahlen wären es nur wenige Wochen, auf die viele Wochen eines erneuten harten Lockdowns folgen würden. Die Euphorie wäre also nur kurz, das Strohfeuer wäre klein, und die Einschränkungen wären lang.

Das kann niemand wollen. Deshalb haben wir bei den Bundesländer-Gesprächen intensiv um einen Weg gerungen, der aus diesem Dilemma herausführt.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie wollen das Volk knechten!)

Welche Risiken sind kalkulierbar, welche nicht, und wie können wir mit Vorsicht und Augenmaß öffnen, ohne eine heftige dritte Welle zu riskieren? Diese Fragen haben uns geleitet. Dabei war klar: Nach einem Jahr Pandemie müssen wir mehr bieten als schwarz und weiß, als öffnen oder Lockdown. Wir müssen alle technischen Möglichkeiten voll ausschöpfen, die

wir mittlerweile haben. Die, die wir noch nicht haben, müssen wir mit Hochdruck vorantreiben. Genau das tun wir und stützen uns dabei auf vier Säulen.

Erstens geben wir richtig Gas bei den Impfungen. Ich werde darauf später zurückkommen.

Zweitens setzen wir auf intelligente Schutzkonzepte, z. B. durch vorherige Buchungen von Zeitfenstern für Einkäufe.

Drittens setzen wir auf digitale Hilfsmittel wie etwa die Luca App und – viertens – auf das Freitesten, genauer gesagt auf die Verknüpfung von einfach handhabbaren Schnelltests zur Selbstanwendung mit kurzen Stäbchen und dem Öffnen.

Dafür habe ich mich im Vorfeld unserer Beratungen stark gemacht.

(Beifall)

Auf dieser Grundlage haben wir eine Reihe von Beschlüssen gefasst. Dabei beginne ich jetzt sehr bewusst mit der Notbremse, die wir eingezogen haben. Mit ihr lernen wir aus dem Fehler, den wir im letzten Herbst gemacht haben, als alle Bremssysteme versagt haben, und wappnen uns gegen eine dritte Welle. Steigt die Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen auf über 100, werden wir in Zukunft automatisch hart abbremsen, damit uns die Situation nicht entgleitet.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Reiner Sadismus!)

Diese Notbremse ist eine wichtige Grundvoraussetzung für unser Öffnungskonzept.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bösarzig!)

Deshalb habe ich sie bewusst vor die Klammer gezogen.

Nun zum Öffnungskonzept, auf das wir uns geeinigt haben. Es umfasst mehrere Stufen und ist grundsätzlich an Inzidenzen gekoppelt. Das war mir wichtig.

Die erste Stufe gilt ab kommendem Montag. Ab dann dürfen sich überall im Land wieder bis zu fünf Personen aus zwei Haushalten treffen,

(Zuruf: Oh, toll!)

wobei Kinder unter 14 Jahren nicht mitgezählt werden. Dabei gibt es Ausnahmen für nicht in einem gemeinsamen Haushalt lebende Lebenspartnerinnen und Lebenspartner. Das gibt uns allen ein wenig mehr Freiheit und etwas mehr Möglichkeiten, die Menschen zu sehen, die uns etwas bedeuten.

Darüber hinaus werden wir ab Montag Buchhandlungen wieder vorsichtig öffnen und die Sortimentsbeschränkung bei Baumärkten aufheben.

Auch Anbieter körpernaher Dienstleistungen dürfen wieder öffnen. Dort, wo das Tragen von Masken nicht möglich ist – z. B. in Kosmetikstudios –, muss ein negatives Testergebnis vorgelegt werden.

Auch Boots- und Flugschulen dürfen wieder öffnen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

In Landkreisen mit einer stabilen Inzidenz unter 100 werden wir zusätzlich dazu den Einzelhandel für Kunden mit festen Terminen ermöglichen. Dadurch stellen wir sicher, dass sich nicht zu viele Personen zur selben Zeit in den Geschäften aufhalten.

Nach vorheriger Terminbuchung können auch Museen, Galerien, Gedenkstätten, zoologische und botanische Gärten besucht werden.

Außerdem ermöglichen wir Individualsport im Freien mit maximal fünf Personen aus zwei Haushalten und Sport in Gruppen von bis zu 20 Kindern bis 14 Jahre.

In Landkreisen mit einer stabilen Inzidenz unterhalb von 50 gehen wir noch einen Schritt weiter. Dort können wir den Einzelhandel komplett öffnen mit einer Begrenzung von einem Kunden pro 10 m<sup>2</sup> für die ersten 800 m<sup>2</sup> Verkaufsfläche und je einem weiteren für alle weiteren 20 m<sup>2</sup>.

Außerdem öffnen wir bei einer Inzidenz von unter 50 auch ohne vorherige Buchung Museen, Galerien, Gedenkstätten, zoologische und botanische Gärten. Auch kontaktfreier Sport in kleinen Gruppen mit maximal zehn Personen ist im Freien möglich.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, uns ist bewusst: Wir gehen ein gewisses Risiko ein, wenn wir Inzidenzen in den Kreisen und nicht die landesweite Inzidenz zum Maßstab nehmen. Wir wollen in den Regionen, in denen eine niedrigere Inzidenz herrscht, ein wenig mehr Normalität für die Menschen dort ermöglichen. Das würde allerdings konterkariert, wenn jetzt ein umfangreicher Einkaufstourismus entstünde und Menschen aus den Nachbarregionen in die Kreise fahren würden. In diesem Fall – das muss ich sagen – müssten wir sehr schnell die Notbremse ziehen.

Wir haben diese Entscheidung aber bewusst getroffen in der Annahme und der Hoffnung, dass die Menschen verantwortungsvoll mit der Situation umgehen. Das haben sie ja bisher auch getan und sich in der Pandemie diszipliniert verhalten. Wir wollen also auf die Vernunft der Menschen setzen.

Die Kreise sind aber auch gehalten, mit den Nachbarregionen Absprachen zu treffen, um einen solchen Reiseverkehr möglichst zu unterbinden. Das wird also auch einmal eine Probe sein, ob so etwas funktioniert –

(Beifall)

bei regional unterschiedlichen Regelungen, die eben durch Mobilität umgangen werden können.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, es gibt zwei Wortmeldungen für Zwischenfragen, einmal von Herrn Abg. Gruber von der SPD-Fraktion und einmal von Herrn Abg. Karrais von der FDP/DVP-Fraktion. Lassen Sie diese zu?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Abg. Gruber, Sie haben das Wort.

**Abg. Gernot Gruber SPD:** Herr Ministerpräsident, danke für das Zulassen der Zwischenfrage. – Sie haben gerade die Regeln zu steigenden oder sinkenden Inzidenzwerten beispielsweise auch für den Sport dargestellt. Mich würde interessieren: Ist aus der Sicht der Landesregierung mit „Bereich“ das Land gemeint? Im Beschluss steht ja auch „Region“. Sind beispielsweise die Kreise die richtige Größenordnung? Gibt es da schon eine Sicht der Regierung?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Zum Sport gibt es nun zunächst eine allgemeine Regelung. Wir machen das jetzt erst mal nur bei den Geschäften.

**Präsidentin Muhterem Aras:** Jetzt die Frage des Kollegen Karrais, bitte.

**Abg. Daniel Karrais FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, vielen Dank. – Sie sind gerade auf die Öffnung des Einzelhandels auf Kreisebene bei entsprechender Inzidenz eingegangen. Ich komme aus dem Kreis Rottweil. Da ist die Inzidenz seit mehreren Tagen über 100 – einer von zwei Landkreisen in Baden-Württemberg. Das liegt an lokal sehr eingegrenzten Infektionsgeschehen in Pflegeheimen bzw. in einem Krankenhaus.

Jetzt fragen mich Einzelhändler zu Recht, wie man mit dieser Situation umgeht. Denn alle umliegenden Kreise haben natürlich eine deutlich bessere Inzidenz, weil dort so etwas nicht passiert ist. Was passiert dann hinsichtlich des eben von Ihnen genannten Einkaufstourismus für die Einzelhändler im Kreis Rottweil?

(Zuruf: Grenzkontrollen!)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Es ist so, dass es natürlich die Kreise noch mal prüfen müssen. Da müssen Sie einfach schauen: Wenn die Inzidenzen auf klar lokalisierbaren Clustern beruhen, haben wir natürlich eine andere Situation, als wenn es ein insgesamt diffuses Infektionsgeschehen ist. Deswegen, so habe ich gesagt, sollen sich die Kreise untereinander abstimmen. So steht es übrigens auch im Beschluss der MPK. Das müssten die Kreise mit ihren Nachbarregionen vor Ort besprechen.

Auch im Winter haben wir es geschafft, die touristischen Hotspots zu entlasten. Die nächste Stufe gehen wir 14 Tage später, frühestens am 22. März, an. Dann wollen wir, sofern sich die Inzidenz nicht grundlegend ändert und sie weiter im Bereich zwischen 50 und 100 liegt, auf der Basis von Schnell- oder Selbsttests weitere Öffnungen durchführen, und zwar die Außengastronomie nach vorheriger Terminbuchung, den Einzelhandel, Theater und Kinos, Konzert- und Opernhäuser, kontaktfreien Sport im Innenbereich und Sport im Außenbereich.

Lassen Sie mich noch etwas mehr zum Testen sagen: Durch die einfacher handhabbaren Schnell- und Selbsttests – Man muss, ganz wichtig, unterscheiden zwischen den herkömmlichen PoC-Schnelltests, die wir gerade hier gemacht haben – Sie sehen, hoher Aufwand mit geschultem Personal –, und dem, was es jetzt neu auf dem Markt gibt: einfach handhabbare – ich sage mal so – Kurzstäbchentests.

(Abg. Anton Baron AfD: Soll man die deshalb schneller zulassen?)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Also, durch die einfach handhabbaren Schnell- und Selbsttests, die jetzt ausreichend verfügbar sind, können wir Infektionen früher erkennen und Infektionsketten durchbrechen. Es ist ein wirksames Instrument zur Eindämmung der Pandemie.

(Zuruf: Haben die alle einen Sender drin?)

Die Gleichung lautet also: Massenhafte regelmäßige Tests erlauben mehr Öffnung. Dadurch können wir die Zeit überbrücken, bis ein Großteil der Bevölkerung geimpft ist.

Wir haben gestern dazu folgende Strategie beschlossen: In den Schulen und Kitas sollen sich das Personal und die Kinder mindestens einmal wöchentlich testen lassen. Dafür stellt das Land kostenlose Selbsttests zur Verfügung. Schon jetzt haben wir im Land die Möglichkeit geschaffen, dass Lehrkräfte, Erzieher und schulisches Personal sich zweimal die Woche kostenlos testen lassen können.

Die Unternehmen fordern wir auf, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in Präsenz arbeiten, ebenfalls mindestens einmal wöchentlich testen zu lassen. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich einmal pro Woche kostenlos testen lassen. Das kann in einem Testzentrum, beim Arzt, in einer Apotheke oder bei einem Dienstleister geschehen. Auch das haben wir in Baden-Württemberg schon eingeleitet.

Bei allen Tests soll das Ergebnis dokumentiert werden. Bei einem positiven Schnelltestergebnis muss sich die getestete Person sofort absondern und einen PCR-Test machen. Das ist entscheidend, damit die Infektion nicht weitergetragen wird.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Herr Ministerpräsident, lassen Sie zwei Zwischenfragen zu, und zwar von Frau Abg. Reich-Gutjahr von der FDP/DVP-Fraktion und Herrn Abg. Dr. Schweickert, ebenfalls von der FDP/DVP-Fraktion?

(Zurufe)

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Bitte schön.

**Abg. Gabriele Reich-Gutjahr** FDP/DVP: Vielen Dank für das Zulassen der Zwischenfrage, Herr Ministerpräsident. – Ich begrüße ausdrücklich, dass man diese Teststrategie nun konsequent angeht. Mich würde dazu interessieren, wie Sie dies bei der Inzidenzdiskussion berücksichtigt haben. Denn das Ziel ist ja nun, durch das Testen diejenigen zu finden, die man vielleicht sonst gar nicht wahrgenommen hätte, weil sie keine Symptome haben oder Ähnliches.

Das heißt, man muss davon ausgehen, dass die Inzidenzen jetzt ansteigen werden, wenn man konsequent testet. Das ist dann wiederum im Hinblick auf die Heranziehung einer Inzidenz als Messgröße für Öffnungen eher kontraproduktiv, sage ich jetzt mal. Deswegen würde mich interessieren, inwiefern Sie diesen Zusammenhang bei der Festlegung der Inzidenzen und der Vorgehensweisen mit berücksichtigt.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Das machen wir jetzt erst mal. Dann führt die Wissenschaft dazu Modellrechnungen durch, gibt uns Informationen dazu. Dann können wir das berücksichtigen. Das kann ich nicht freihändig entscheiden. Ich weiß ja nicht, in welchem Ausmaß das stattfindet. Sie

müssen sehen: Die Dunkelziffer kennen wir nicht wirklich. Darum heißt sie auch so. Durch belastbare Aussagen von Experten wissen wir nur: Bei niedrigen Inzidenzen, wie wir sie im Sommer hatten, ist die Dunkelziffer sehr gering. Sie steigt mit der Zahl der Inzidenzen. Das ist auch logisch, weil wir die Infektionsketten dann nicht mehr richtig nachverfolgen können.

Frau Kollegin, das müssen die Wissenschaftler also noch mal prüfen. Das wird auch begleitet. Dann können wir daraus Schlüsse ziehen, wie wir die Inzidenzzahlen bewerten und in unsere Entscheidung einpreisen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das Studium liegt schon lange zurück, Herr Ministerpräsident, gell?)

– Wer war jetzt das?

(Zurufe)

**Abg. Dr. Erik Schweickert** FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Sie haben jetzt eine klare Aussage bezüglich der Teststrategie des Landes getroffen. Vom Bund ist den Bürgern auch schon gesagt worden, wie oft sie sich wo und wie testen lassen können. Heißt das, die Testkapazitäten sind sowohl von den Testreagenzien als auch von der Organisation so aufgestellt, dass nicht erst jetzt bestellt wird, sondern schon alles da ist?

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Darauf komme ich gleich, Herr Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich beim Bundesländer-Treffen sehr dafür eingesetzt, dass wir Öffnungen möglichst schnell an die Vorlage negativer Tests knüpfen. Das war das Impulspapier. Es hätte mehr Sicherheit und mehr Öffnungen gleichzeitig ermöglicht. Leider war das in der gewünschten Geschwindigkeit nicht möglich. Denn die Bundesregierung hat zwar Großes angekündigt, ist dann aber im Vollzug klein geblieben, auf gut Deutsch gesagt.

Es wurden zwar durchaus kostenlose Tests im Sinne von Freitests angekündigt – an vorderster Stelle vom Bundesgesundheitsminister –, vorgestern mussten wir aber erfahren, dass bis dato überhaupt noch nichts passiert ist, keine Ausschreibung, keine Order, nichts. Ich muss Ihnen offen sagen, das hat mich schon sehr erstaunt.

(Zuruf: Das erstaunt uns auch!)

Ich sage deutlich dazu: Ich verstehe nicht, warum der Bund nicht schneller und entschiedener gehandelt hat.

Ich will dazu noch mal sagen – damit keine Missverständnisse entstehen –: Die alten PoC-Tests, die Langstäbchentests, liegen in genügender Anzahl vor. Aber die neuen, leicht handhabbaren Tests, die auch zum Selbsttesten geeignet sind, sind ja erst seit einer Woche genehmigt. Da ist leider noch nichts passiert. Erst jetzt wird eine Plattform aufgelegt, an der sich die Länder beteiligen können, um diese Tests dann preiswerter zu bestellen. Wir verlieren da leider wieder wertvolle Zeit, bis genügend einfach handhabbare Tests zur Verfügung stehen. Ich finde, das sind ernste Versäumnisse der Verantwortlichen in Berlin, die ja für die Beschaffung zuständig sind.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Meine Landesregierung hingegen hat früher gehandelt. Wir haben in den Pflegeheimen häufiger getestet, als es die Vorgaben des Bundes fordern. Wir testen zudem bereits das Lehrpersonal an den Schulen sowie die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas. Wir haben auch alle Menschen dieser Kohorte in das Impfen einbezogen. Wer beruflich viele Kontakte hat, kann sich bereits heute kostenlos testen lassen. Das gilt auch für alle, die Verwandte besuchen wollen, die zur Gruppe der Gefährdeten gehören.

Wir sind in Vorleistung gegangen und haben bereits sieben Millionen einfach handhabbare Schnelltests zur Selbstanwendung bestellt. Die ersten 2,5 Millionen werden in absehbarer Zeit geliefert.

Außerdem haben wir gemeinsam mit einer Drogeriekette ein Projekt für den Aufbau von Teststationen auf den Weg gebracht. Gestern wurde die erste Teststation in Karlsruhe vorgestellt. Mein Chef der Staatskanzlei und der Sozialminister waren dabei.

(Beifall)

Schon bald sollen an weiteren Filialen solche Teststationen eingerichtet werden – bis zu 250 im ganzen Land. Dort können sich die Bürger testen lassen und den ihnen wöchentlich kostenlos zustehenden Test durchführen lassen. Sie erhalten eine Bescheinigung über den Test und können nach negativem Testergebnis einen Tag lang die Angebote nutzen, die daraufhin dann möglich sind. Ich will allerdings in Parenthese bemerken, dass die neuen Tests nur eine kurzzeitige Sicherheit gewähren. Auch das muss man wissen.

Ich gehe davon aus, dass weitere Handelsunternehmen mit ähnlichen Angeboten folgen werden. So viel Engagement und Initiative hätte ich mir in Sachen Schnelltests von der Bundesregierung auch gewünscht. Wir halten dennoch an unserem Ziel fest, bis Anfang April die Voraussetzungen für umfangreiche und flächendeckende Testungen zu schaffen. Denn Testen heißt mehr Freiheit. Deswegen bleiben wir hier am Ball.

(Beifall)

Ich komme nun zu den Schulen. Sie wissen, dass die Ministerpräsidentenkonferenz und die Kanzlerin das Thema wieder in die Hände der Länder gegeben haben. Deswegen stehen nur sehr allgemeine Bemerkungen zu den Schulen im Beschluss der MPK. Auch bei den Schulen werden wir im Interesse der Kinder in unserem Land weitere vorsichtige Öffnungsschritte gehen.

Ich – wie auch die Kultusministerin – habe immer gesagt: Bei den Öffnungen haben Bildung, haben die Kinder und ihre Familien absolute Priorität. Denn die Kleinsten und ihre Familien leiden am meisten unter dem Lockdown. Deshalb waren Kitas und Grundschulen die ersten Einrichtungen, die wir mit der gebotenen Umsicht wieder geöffnet haben.

Wir gehen schon bald den nächsten Schritt. Ich habe mich dabei mit der Kultusministerin auf folgende Schritte geeinigt: Am 15. März sollen die Grundschulen mit allen Klassen zu einem eingeschränkten Präsenzbetrieb unter Pandemiebedingungen zurückkehren. Damit geben wir den Grundschülerinnen und Grundschulern wieder ein Stück weit einen norma-

len Schulalltag zurück. Das ist pandemisch verantwortbar, weil sich die Schüler in festen Gruppen befinden.

Zudem werden auch die Klassen 5 und 6 der weiterführenden Schulen zu einem eingeschränkten Präsenzbetrieb zurückkehren. Die Schülerinnen und Schüler dieser Klassen sollen unter Berücksichtigung der AHA-Regeln unterrichtet werden, also auch unter Berücksichtigung der nötigen Abstände zueinander. Der Sportunterricht findet allerdings weiterhin nicht statt.

(Zuruf: Sehr gut!)

Allen besorgten Eltern, Kindern und Lehrkräften versichere ich: Wir gehen dabei behutsam vor. Über die bereits bestehenden und noch im Ausbau befindlichen Testangebote vor Ort können sich auch alle, die an einer Schule sind, freiwillig testen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine lange, schwere Zeit hinter uns. Aber ich füge hinzu: Vor uns liegt die letzte Phase der Pandemie. Auch wenn wir in den nächsten Wochen und Monaten noch vorsichtig bleiben müssen, haben wir doch eine klare Perspektive.

(Beifall)

Wir bauen jetzt bis Anfang April die Testmöglichkeiten aus. Massenhafte, einfach handhabbare Schnelltests und auch Selbsttests helfen uns, Infektionen früher zu erkennen. Die Tests werden künftig eine tragende Säule der Hygienekonzepte sein, neben medizinischen Masken, Abstandhalten und Lüften in Innenräumen.

Diese Sicherheit erlaubt uns ein Stück mehr Freiheit. An vielen Stellen, wo wir das Risiko einer Öffnung bislang gescheut haben, können wir dieses Risiko jetzt minimieren. Das ist die erste Etappe auf dem Weg, der uns aus dieser Pandemie herausführt.

Die zweite Etappe hat bereits begonnen und dauert etwas länger; ich meine das Impfen. Wir sind in den ersten Monaten der Impfkampagne nur langsam vorangekommen. Das lag daran, dass wir nicht genug Impfstoff zur Verfügung hatten.

(Abg. Anton Baron AfD: Super schlau!)

Natürlich gab es auch ein paar organisatorische Schwierigkeiten. Aber seien wir ehrlich: Ohne solche Schwierigkeiten wäre es auch nicht unbedingt schneller gegangen.

(Zurufe)

Denn der begrenzende Faktor war nun mal, dass nicht genügend Impfdosen verfügbar waren.

(Abg. Anton Baron AfD: Weltweit sind wir Schlusslicht!)

Nun ändern sich die Voraussetzungen grundlegend. Seit Anfang März steigt die Zahl der Impfungen und wird sich in Kürze verdoppelt haben. Ab Anfang April werden wir beim Impfen dann zwei Gänge höher schalten können; denn im zweiten Quartal bekommen wir deutlich mehr Impfstoffe: über 8,5 Millionen Dosen der bereits zugelassenen Impfstoffe allein

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

für Baden-Württemberg und noch einmal über zehn Millionen Dosen zusätzlich, falls weitere Impfstoffe zugelassen werden. Damit können wir die Impfzentren endlich voll auslasten.

Außerdem impfen künftig auch die niedergelassenen Ärzte und die Betriebsärzte. Auch hier gehen wir im Land voran und starten schon mit einem Pilotprojekt.

(Beifall)

Ab kommendem Montag soll es in fast jedem Stadt- und Landkreis eine Hausarztpraxis geben, die Corona-Impfungen anbietet, zunächst nur für die über 80-Jährigen. Es gibt allen Grund, den Ärzten in unserem Land voll zu vertrauen. Sie kennen ihre Patienten und wissen, was sie tun.

Ich spreche mich daher auch sehr bewusst dafür aus, den Perfektionismus hier nicht zu übertreiben. Wir brauchen einen prinzipiengeleiteten Pragmatismus und mehr Geschwindigkeit – statt Perfektion in jedem Detail der Impfreihenfolge.

(Beifall)

Denn wenn wir das Netz der Regeln so dicht weben, dass wir nicht von der Stelle kommen, ist am Ende niemandem geholfen. Dadurch, dass wir beim Impfen jetzt richtig Tempo machen, können wir bis Ende Juni schon einen sehr großen Teil der Bevölkerung impfen, vor allem die, die durch Alter, Krankheit oder ihren Beruf ein besonders hohes Risiko haben. Zwar werden bis dahin noch nicht alle die zweite Impfung erhalten haben; wir wissen aber mittlerweile, dass bereits die erste Dosis einen guten Schutz vor einem schweren Verlauf der Krankheit bietet.

Das alles wird uns erlauben, viele Beschränkungen aufzuheben. Unter dem Strich bedeutet das: Wir gewinnen endlich die Oberhand über das Virus, und ein Ende der Entbehungen ist in Sicht. Allerdings: Mit großen Open-Air-Konzerten, vollen Fußballstadien und eng besetzten Bierzelten wird es im Juli sicher noch nicht klappen. Aber auf anderes können wir mit guten Gründen wieder hoffen: Vorstellungen in Theatern oder Kinos, den unbeschwerten Einkaufsbummel, einen Besuch im Biergarten oder im Restaurant, das Schwimmen im Freibad und viele andere Dinge, die derzeit noch nicht möglich sind. Wir holen uns ein Stück Normalität und Lebensqualität zurück.

(Beifall)

Das ist nun alles keine ferne Zukunftsmusik mehr und auch keine vage Vision oder bloßes Wunschenken, sondern es ist eine Wirklichkeit, die nur wenig mehr als ein Quartal entfernt auf uns wartet. Zugegeben: Fast vier Monate sind nicht nichts. Aber verglichen mit dem Jahr der Entbehungen, das hinter uns liegt, stimmt uns die Aussicht zuversichtlich, zumal wir in dieser Zeit auch Schritt für Schritt Freiheiten zurückgewinnen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wahrscheinlich ist dies die letzte Plenarsitzung vor der Landtagswahl. Daher will ich die Gelegenheit nutzen und Ihnen allen für Ihre konstruktive und kritische Arbeit danken. Wir haben im letzten Jahr eine Ausnahmesituation erlebt, die für uns alle neu war, für die es keinerlei Routine gab. Natürlich funktioniert so etwas nicht rei-

nungslos, aber trotz aller Schwierigkeiten kann ich sagen: Unsere parlamentarische Demokratie hat sich bewährt.

(Zuruf)

Ich denke, es war auch gut, dass wir in einen Rhythmus gefunden haben, dass wir im Landtag nach einer Ministerpräsidentenkonferenz stets über die Beschlüsse debattieren und befinden konnten. Somit konnten wir die Beschlüsse unterstützen oder durch Entschließungsanträge Alternativen aufzeigen.

(Zurufe)

Erst in der darauffolgenden Woche wurden dann die Beschlüsse fixiert. Das war, glaube ich, noch einmal eine wichtige Stärkung unseres Parlaments.

(Beifall – Zurufe)

Wir sind unterschiedlicher Meinung, aber wir streiten um die Sache. Ein sehr großer Teil des Hauses war jederzeit bereit, die zentralen Entscheidungen aus staatspolitischer Verantwortung mitzutragen – bei Kritik im Einzelnen. Das ist nicht selbstverständlich. Deshalb bedanke ich mich sehr herzlich dafür bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Im Mai tritt der neu gewählte Landtag zusammen. Auch er wird sich noch mit der Pandemie beschäftigen müssen. Aber ich bin guten Mutes, dass dann Schritt für Schritt auch wieder andere wichtige Fragen den Raum einnehmen können, der ihnen zusteht.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** In der Aussprache erteile ich nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung das Wort für die FDP/DVP-Fraktion Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, zunächst einmal stimme ich Ihnen zu: Die parlamentarische Demokratie funktioniert in diesem Land. All diejenigen haben nicht recht, die behauptet haben, die Demokratie sei außer Kraft gesetzt oder irgendjemand versuche, die Demokratie außer Kraft zu setzen.

In der Tat haben wir in der ersten Phase der Coronapandemie vermisst, dass die Parlamente hinreichend eingebunden wurden. Aber das ist jetzt der Fall. Es ist richtig: Die Fraktionen haben die Möglichkeit, Vorschläge zu machen; sie haben die Möglichkeit, mit Entschließungsanträgen das Ganze zu unterstützen oder andere Vorschläge zu machen.

(Zuruf)

Die Mehrheit entscheidet. Anschließend sind die Verordnungen zu machen. Das ist demokratisch legitim.

(Beifall – Vereinzelt Lachen – Zurufe)

Allerdings – Sie haben es angesprochen – muss es natürlich möglich sein, auch andere Positionen zu vertreten. Wir, die FDP/DVP-Fraktion, haben das gemacht. Auch die SPD-Fraktion hat dies gemacht.

(Zuruf)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir haben lange Zeit eingefordert, einen Strategiewechsel zu vollziehen.

(Zuruf)

Sie selbst sprachen ja davon, dass jetzt nicht mehr die Zeit von – ich zitiere – „Schwarz-Weiß, Öffnung oder Lockdown“ sei und wir eine Strategie brauchten, die der Bevölkerung deutlich macht, was unter welchen Umständen und Voraussetzungen passiert. Diesen Paradigmenwechsel hat die Ministerpräsidentenkonferenz jetzt vollzogen. Sie haben einen Plan vorgelegt – immerhin.

Mein Eindruck ist allerdings der, dass dieser Plan nicht aus Einsicht erstellt wurde, sondern aufgrund des wachsenden Drucks aus der Bevölkerung. Denn die Inzidenzwerte sinken ja nicht. Vielmehr steigen sie wieder, wenn auch gottlob nur moderat. Das passt nicht zu Ihren Äußerungen noch vor wenigen Tagen, als Sie Öffnungen nur bei sinkenden Inzidenzwerten in Aussicht gestellt haben.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass niedergelassene Ärzte in das Impfgeschehen einbezogen werden sollen. Wir begrüßen den Einsatz von Schnelltests. Wir begrüßen – darauf können wir uns, glaube ich, verständigen –, dass Sie gesagt haben, dass tendenziell mehr Öffnungen ins Auge gefasst werden können, je nachdem, wie die Durchimpfung der Bevölkerung voranschreitet.

Allerdings – das hat auch die Zwischenfrage aus meiner Fraktion ergeben – ist noch nicht klar, welche Kriterien Sie neben den Inzidenzwerten veranschlagen. Die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz atmen noch immer den Geist dessen, was ich „Inzidentitis“ genannt habe. Ich glaube, wir sind bei einem fortschreitenden Gang der Impfungen, bei hoffentlich bald zur Verfügung stehenden Tests, bei der Möglichkeit, mit Abstand, Hygiene und Masken in der Öffentlichkeit zu wirken, mittlerweile so weit, tatsächlich das umzusetzen, was wir schon lange vorschlagen, nämlich eine Protektionsstrategie für die vulnerablen Gruppen, für die wirklich Gefährdeten und parallel dazu sukzessive die Öffnung der Gesellschaft.

(Beifall)

Dann, Herr Ministerpräsident, brauchen wir auch keine Notbremse.

Schwer nachvollziehbar – wir können es aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit nachvollziehen – ist, wenn man das Infektionsgeschehen betrachtet, die Tatsache, dass Sie bei den Öffnungen jetzt beispielsweise bei den privaten Kontakten ansetzen, gleichzeitig aber etwa beim Handel – von der Gastronomie ganz zu schweigen – außerordentlich vorsichtig sind.

Zumindest das hätte man aus den Erfahrungen des gescheiterten Wellenbrecher-Lockdowns lernen können: Wenn man ausgerechnet Bereiche, die erkennbar nicht die Hotspots des Infektionsgeschehens sind, in denen sich Menschen unter Hygienebedingungen, mit Abstand und Masken treffen können, schließt

(Zuruf)

und die Menschen dann in das Halbdunkel einer vom Staat nicht ausleuchtbaren Privatheit abdrängt, bekommt man das Infektionsgeschehen nicht in den Griff. Vielmehr fördert man

dadurch das Infektionsgeschehen. Genau diesen Fehler machen Sie jetzt wieder.

(Beifall)

Ich sage in aller Deutlichkeit: Es ist Unsinn, auf der einen Seite bei privaten Kontakten zu lockern und auf der anderen Seite zu sagen: „Der Handel ist gefährlich. Da sind wir vorsichtig.“ Meine Damen und Herren, das ist nicht nachvollziehbar.

(Beifall)

Deshalb legen wir am heutigen Tag auch in einem Entschließungsantrag unseren eigenen Stufenplan vor, der sich an Inzidenzen, dynamisierten Inzidenzen und anderen Faktoren orientiert. Das ist etwas anderes als dieser Plan hier, Herr Ministerpräsident.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Es ist auch bemerkenswert, was da zusammengeschrieben wurde. Da sehen wir fünf Öffnungsschritte, so z. B. den fünften Öffnungsschritt, der datiert wird: „frühestens 5.4.“. In der nächsten Spalte – „weitere Schritte“ – steht dann: „MPK 22.3.“

Also: Der fünfte Öffnungsschritt ist frühestens am 5. April, und die weiteren Schritte sollen am 22. März erfolgen. Da müssen Sie sich nicht wundern, Herr Ministerpräsident, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung sinkt, wenn man solche Pläne vorlegt.

(Zuruf)

Wer sich das anschaut, erinnert sich vielleicht an den Roman „Der Prozess“ von Franz Kafka. In diesem Roman wird der Protagonist Josef K. angeklagt, er weiß aber nicht, warum. Er sucht ein Gericht, findet es aber nicht und verirrt sich in einem albraumhaften Labyrinth einer surrealen Bürokratie. Genau so etwas haben Sie hier vorgelegt: Der fünfte Schritt erfolgt frühestens am 5. April, die MPK berät aber dann anschließend – so sieht es dieser Plan vor – schon am 22. März. Kafka hätte seine Freude daran.

In unserem Corona-Universum gibt es aber nicht nur Josef K., den Protagonisten von Franz Kafka, sondern auch Winfried K., den Ministerpräsidenten,

(Vereinzelt Heiterkeit)

der möglicherweise an ein anderes Werk von Franz Kafka – kein Roman, eine Erzählung – erinnert, nämlich an „Die Verwandlung“.

(Zurufe)

Zunächst haben Sie ja alles am Inzidenzwert 50 orientiert. Dann hat eine erstaunte Öffentlichkeit gelernt, dass 35 das neue 50 ist und man sich am Inzidenzwert 35 orientiert. Ich nehme an, Sie erinnern sich. Sie haben erklärt – es war fast schon so weit, der Inzidenzwert war knapp unter 40 –: „Wenn wir unter einem Wert von 35 sind, gibt es die Öffnungen.“ Jetzt plötzlich ist der Wert von 50 wieder maßgeblich.

Noch am Dienstag dieser Woche haben Sie in der Regierungspressekonferenz auf die Frage „Was wird geöffnet?“ erklärt: „Baumärkte.“ Dann wurden Sie gefragt: „Was noch?“

(Zuruf: Nichts!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ihre Antwort war: „Erst mal nichts.“ Dann wurde nachgefragt: „Wie bitte?“ Ihre Antwort: „Nichts.“ Jetzt erfahren wir: Zu den Baumärkten kommen Buchhandlungen, Fahrschulen und Betriebe, die körpernahe Dienstleistungen anbieten, hinzu. Dagegen sind wir nicht. Nur stelle ich mir die Frage, warum Sie noch am Dienstag erklären, es würden nur die Baumärkte geöffnet und sonst nichts, und dann am Mittwoch dieses Sammelsurium hinzukommt.

Ich habe ja Verständnis dafür, Herr Ministerpräsident, wenn man sagt: „Ich warte Verhandlungen ab. Wir wollen uns ja im Kreise der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin verständigen, und infolgedessen bin ich vorsichtig mit Festlegungen.“ Aber genau dann, Herr Ministerpräsident, hätten Sie solche Festlegungen in der Pressekonferenz vom Dienstag nicht tätigen dürfen. Denn genau das führt zu Verwirrung in der Bevölkerung, zu Frust und zu zurückgehender Akzeptanz dessen, was die Politik tut.

(Beifall)

Wir sehen eine Willkür bei den Öffnungen. Es werden einzelne Branchen herausgegriffen, andere nicht, obwohl wir mittlerweile doch die Möglichkeit haben, über FFP2-Masken und Schnelltests dafür zu sorgen, dass das Ganze immer sicherer wird.

Im Übrigen haben wir festgestellt, dass der Handel erkennbar nicht das Zentrum der Infektionen, kein Hotspot der Ansteckung ist.

Deshalb, meine Damen und Herren, fordern wir – das haben wir auch in unserem Entschließungsantrag festgeschrieben –, dass zum kommenden Montag, dem 8. März, der Handel in Baden-Württemberg öffnen kann, und zwar flächendeckend.

(Beifall)

Denn das, was Sie jetzt machen, wird erkennbar schiefgehen. Sie delegieren die Verantwortlichkeit auf die Kreise und sagen den Kreisen: „Wenn die Inzidenz bei euch unter 50 liegt, dann darf bei euch der Einzelhandel öffnen, wenn nicht, dann nicht, und wenn die Inzidenzen steigen, dann muss der Handel gegebenenfalls wieder schließen.“ Da ist doch absehbar, was passiert: Dieser Flickenteppich wird dazu führen, dass es zu Einkaufstourismus kommt. Dadurch werden Sie ein höheres Infektionsgeschehen erzeugen, als wenn Sie den Handel flächendeckend öffnen.

Gleichzeitig werden die Kommunen überfordert von dem, was auf sie zukommt. Wir haben jetzt Freitag. Der Landtag tagt. Sie müssen dann anschließend noch die entsprechenden Verordnungen machen. Wir gehen davon aus, dass diese Verordnungen die Kommunen dann wieder am Sonntagabend um 23:55 Uhr erreichen. Jeder Kreis muss dann am Montagmorgen seine Regelung vorlegen: Wie ist es bei uns, und was gilt bei uns?

Da erzeugt man doch, Herr Ministerpräsident, sehenden Auges Chaos. Schade, dass Kafka nicht mehr lebt. Er hätte mit dem, was Sie da in dieser Landesregierung beschlossen haben, mit Sicherheit einen neuen Romanstoff.

(Beifall)

Widersprüche, Schwieriges, so weit man blickt. Die Außengastronomie erhält die Perspektive, möglicherweise am 22. März zu öffnen. Wer setzt sich am 22. März in die Außengastronomie, meine Damen und Herren?

(Zurufe, u. a. Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir gehen da gern hin!)

Der Klimawandel mag ja voranschreiten, aber das ist vielleicht eine etwas optimistische Sichtweise dessen, was der Klimawandel für Baden-Württemberg bringt.

Außerdem ist schwer nachzuvollziehen, dass es in Ihrem Konzept eine Gleichbehandlung der Außengastronomie unter freiem Himmel mit Kinos und Theatern gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Herr Ministerpräsident, es ist gut, wenn Kinos und Theater wieder öffnen können. Aber dann muss auch die Gastronomie als Ganzes wieder öffnen können, und zwar gleichzeitig.

(Beifall)

Im Bereich der Schulen ist es sinnvoll, möglichst rasch wieder Präsenzformen anzubieten, und wahrscheinlich auch sinnvoll, den Schulen jetzt eine Woche Zeit zu lassen, um sich vorzubereiten. Aber hier wird beispielhaft deutlich, welche Versäumnisse wir in den letzten Monaten erlebt haben. Die digitale Vorbereitung der Schulen auf Zeiten wie diese wurde verschlafen. Die Kultusministerin hat die Sitzung verlassen. Ich kann nur hoffen, dass sie diese Versäumnisse endlich angeht. Das wäre gut und hilfreich.

(Beifall)

Denn ich fürchte, dass Sie deshalb den 15. März als Termin für weitere Öffnungsschritte gewählt haben, weil die Landtagswahl dann vorbei ist und sich das voraussehbare Chaos dann nicht mehr an der Wahlurne niederschlägt.

Nach einem Jahr der Pandemie stellt die MPK fest, dass die verpflichtende Dokumentation zur Kontaktnachverfolgung auch in elektronischer Form erfolgen kann. Da kann ich nur sagen: Guten Morgen! Wer ein Jahr braucht, um dies zu erkennen und dann schließlich Schritte zu ergreifen, der hat den Ernst der Lage wirklich nicht verstanden.

Dasselbe gilt für die Taskforce Teststrategie. Sie haben ja den Bund kritisiert, was die Teststrategie anlangt. In der Tat: Es ist schon bemerkenswert, dass die Ministerpräsidentenkonferenz jetzt eine solche Taskforce einsetzt. Ich kann nur fragen: Warum gibt es diese nicht schon lange?

(Beifall)

Was das Impfen anlangt, insbesondere unsere „großen“ Impfleistungen in Baden-Württemberg: Herr Lucha, haben Sie es schon gelesen? Im Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz steht – das ist eine Ohrfeige für Sie; ich zitiere –:

*Um möglichst bald vielen Bürgerinnen und Bürgern ein Impfangebot machen zu können, sollen die für die Zweitimpfung zurückgehaltenen Dosen noch weiter deutlich reduziert werden ...*

(Zuruf des Ministers Manfred Lucha)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie haben immer erklärt, das Hauptprinzip Ihrer Impfstrategie sei das Zurücklegen. Das ist jetzt offensichtlich nicht mehr der Fall.

Aber es wird ja noch besser. Die zweite große Säule ist das Recall-System. Am Anfang sind die alten Leute in der Warteschleife gehockt und haben dann Kinder und Enkel bemüht, um Termine einzubuchen. Dann kam Recall.

Auch wir haben uns große Hoffnungen auf Recall gemacht. Kollege Schweickert und ich haben in unseren beiden Wahlkreisen das Angebot gemacht: Wenn ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, die über 80 sind, Hilfe bei der Terminfindung brauchen, können sie sich an uns wenden. Wir tun, was wir können.

Wir hatten im Februar – zu dem Zeitpunkt, als Sie Recall eingeführt haben, Herr Lucha – genau 372 Anmeldungen aus zwei Wahlkreisen auf unserer Liste. Dann haben wir diese 372 bei Ihnen auf Recall eingebucht. Das war vor knapp vier Wochen. Raten Sie mal, Herr Lucha, wie viele Termine wir über Recall bekommen haben: genau einen von 372.

Mittlerweile haben wir von den 372 Leuten, die sich bei uns angemeldet haben, 295 versorgt. Wenn wir jetzt beim Fußball wären, Herr Lucha, wären Sie mit 1 : 294 im Rückstand. Das gibt es vielleicht beim Rugby oder beim American Football, doch eine reife Leistung, Herr Minister Lucha, sieht wirklich anders aus.

(Beifall)

Also, wenn so das Impfen in Baden-Württemberg funktioniert, dann gute Nacht.

Was die Wirtschaft anlangt: auch enttäuschend. Es gibt eine undifferenzierte Verpflichtung der Unternehmen zum Test. Da mögeln Sie sich dann um die Verantwortung und um das Finanzieren herum und sagen, die Wirtschaft solle pauschal testen – einmal in der Woche oder so. Aber es wird nicht differenziert, inwieweit überhaupt die Gefahr von Kontakten besteht. Die Wirtschaft in unserem Land ist vielfältig ausdifferenziert. Da kann man doch nicht einfach sagen: Wir scheren alle über einen Kamm; alle müssen mindestens einmal pro Woche getestet werden, und finanzieren dürfen sie es bitte schön auch selbst.

Auch der Härtefallfonds ist nicht hinreichend konkretisiert. Wir würden uns schon wünschen, dass eine Ministerpräsidentenkonferenz nicht das Angebot eines Härtefallfonds in einen Beschluss hineinschreibt, während die Ausgestaltung bzw. die Details dann nach einem Jahr Pandemie folgen.

Im Ergebnis: Es gibt Lob dafür, dass jetzt endlich ein Paradigmenwechsel erfolgt, dass endlich versucht wird, der Bevölkerung eine Perspektive aufzuzeigen, einen Stufenplan, ein Wenn-dann, eine Hoffnung, ein Licht am Ende des Tunnels. Aber die Umsetzung ist außerordentlich problematisch und fehlerhaft.

Ich sage Ihnen voraus: Die Umsetzung dessen, was die Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen hat – insbesondere das, was diese Landesregierung noch obendrauf gesetzt hat, beispielsweise die Entscheidung, dass die Kreise über die Öffnung des Einzelhandels entlang von vorübergehenden Inzi-

denzwerten entscheiden sollen –, wird dazu führen, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung noch weiter schwindet, dass der Verdross der Menschen wächst, dass das Vertrauen der Leute in die Politik noch weiter erodiert – was ja der Grund für diesen Paradigmenwechsel ist. Und das wird dazu führen, dass die hausgemachte Erosion der Zustimmung zur Pandemiepolitik noch weiter voranschreitet. Das ist keine reife Leistung, was die Ministerpräsidentenkonferenz da beschlossen hat – und die Umsetzung durch diese Landesregierung schon gar nicht.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt gut ein Jahr her, dass hier in Baden-Württemberg die erste Corona-Infektion nachgewiesen wurde. Seitdem hat sich auch vieles verändert. Wir haben vieles über dieses Virus gelernt und auch darüber, wie man es am besten bekämpfen kann und wie es sich am besten eindämmen lässt. Aber eines bleibt – und das ist für meine Fraktion wichtig –: Wir geben der Gesundheit der Menschen die oberste Priorität.

(Beifall)

Daran orientieren wir uns. Daran werden wir uns weiter orientieren. Ich bin Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar, dass auch Sie sich daran orientieren. Deswegen bin ich auch zuversichtlich, dass wir die Krise in den Griff bekommen – gemeinsam, solidarisch und mit einem klugen Plan.

(Vereinzelte Beifall)

Zu diesem Plan komme ich jetzt. Mit den Abstandsregelungen, mit den Hygieneregulungen, mit Schnelltests, mit einem umfassenden Schnelltestsystem, mit den schnell steigenden Impfquoten drängen wir das Virus zurück.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Damit kommen wir gut aus der Krise.

(Beifall)

Ja, die Krise betrifft uns ganz persönlich. Wir alle kennen inzwischen Menschen, die an Corona erkrankt sind. Manche von uns haben im eigenen Umfeld Todesfälle zu beklagen. Wir haben Kinder, die jetzt zu Hause unterrichtet werden. Wir sind Eltern, und wir warten in den Hotlines, um Impftermine für Angehörige oder die Großeltern zu erhalten. Ja, wir sind es leid, auf Kultur und Kontakte zu verzichten.

Wir führen gerade jetzt alle zusammen einen Wahlkampf, der ganz anders ist als früher. Es gibt keine vollen Hallen. Die Videokonferenz aus dem Studio hat das Gespräch von Angesicht zu Angesicht ersetzt. Und doch ist das nochmals eine andere Situation.

Als Abgeordnete haben wir natürlich auch hier in gewisser Weise eine privilegierte Situation. Wir können nämlich selbst entscheiden, welche Risiken wir auf uns nehmen, welche Kontakte wir eingehen.

(Andreas Schwarz)

Ich weiß, dass es bei vielen Menschen in Baden-Württemberg nochmals ganz anders aussieht – bei denjenigen, die es irgendwie schaffen müssen, Familie, Schule, Homeoffice unter einen Hut zu bringen, die vielleicht in einer kleinen Wohnung zu Hause sind, und erst recht bei jedem, der bei seiner Arbeit täglich Menschen begegnet. Wer da einem hohen Infektionsrisiko ausgesetzt ist, leidet noch einmal ganz anders unter dieser Krise. Denn wer in einem Krankenhaus, in einer Klinik arbeitet, wer Pakete ausliefert, wer im öffentlichen Nahverkehr einen Bus lenkt, wer in einem Laden oder in einer Fabrik steht, wer in der Pflege oder in der Schule tätig ist, der kann nicht einfach ins Homeoffice gehen.

Umso wichtiger ist es mir, dass diejenigen, die eben die Möglichkeit haben, ins Homeoffice zu gehen, diese Möglichkeit auch nutzen. Das ist Solidarität.

(Beifall)

Corona bedeutet für viele, dass sie sich seit einem Jahr existenziellen Fragen ausgesetzt sehen, wenn es etwa um die Zukunft des eigenen Geschäfts, um den eigenen Arbeitsplatz, um die mühsam aufgebaute Selbstständigkeit im Betrieb geht. Wer sich solchen Fragen stellen muss, der steht nochmals ganz anders unter Druck.

Umso größer ist mein Respekt gegenüber all denjenigen, die mitziehen, die sich an die Regeln halten und mit Vorsicht und Umsicht in ihrem Umfeld aktiv dafür sorgen, dass wir das Virus in Schach halten.

Denn dass die Infektionszahlen im Januar und im Februar zurückgegangen sind, das ist ihr Verdienst, das ist gelebte Solidarität. Dafür sage ich ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich weiß, dass sich viele Menschen in Baden-Württemberg darüber Sorgen machen, wie wir aus dieser Krise kommen, aber auch darüber, dass die Inzidenzwerte inzwischen wieder ansteigen, dass sich die Mutanten ausbreiten. Wir sind momentan bei 50 % mutierten Viren. Das ist eine hochvolatile und sehr heikle Situation, meine Damen und Herren.

Deswegen gilt umso mehr: Wir stellen die Gesundheit der Menschen ganz nach vorn. Wir agieren entschlossen sowie mit Umsicht und Besonnenheit. Damit sind wir bis heute ordentlich durch diese Krise gekommen. Lassen Sie uns diesen Weg weiter zusammen beschreiten!

(Beifall)

Der Ministerpräsident hat es dargestellt: Wir können jetzt in hohem Maß auf Tests zurückgreifen. Und je schneller große Teile der Bevölkerung geimpft sind, desto eher werden wir diese Krise hinter uns lassen. Alles, was an Impfstoff da ist, muss unter die Leute gebracht werden. Dieser Kurs ist richtig, und die Entwicklung zeigt, dass wir damit erfolgreich sind.

Wir begrüßen es, Herr Minister Lucha, dass Sie niedergelassene Ärzte einbeziehen, und wir begrüßen es, dass jetzt zum zweiten Quartal zehn Millionen Impfdosen für Baden-Württemberg zugesagt sind. Das ist das richtige Vorgehen. So kommen wir gemeinsam aus dieser Krise.

(Beifall)

Wenn wir jetzt einzelne Bereiche des Alltags wieder öffnen können, wenn wir das angehen, brauchen wir ein möglichst hohes Niveau, eine möglichst hohe Sicherheit. Dabei spielen Schnelltests eine besonders wichtige Rolle. Sie garantieren nämlich, dass Infektionen erkannt werden; sie verhindern dadurch weitere Ansteckungen.

Die Pandemie können wir natürlich erst hinter uns lassen, wenn ein großer Teil der Bevölkerung geimpft ist. Aber die Schnellteststrategie, die wir umsetzen, ermöglicht es jetzt, eine Perspektive zu geben, sie ermöglicht es, weitere Lockerungen vorzunehmen. Und da ist in meinen Augen dieses Puzzlestück, der Schnelltest, ein ganz wichtiger Teil, auch ein wichtiger Teil des Sicherheitsnetzes, das wir jetzt aufspannen.

Jede Öffnung steht unter Vorbehalt. Ja, das ist klar. Der Ministerpräsident hat es mit der Notbremse erläutert. Aber wir begrüßen es, dass auch bundesweit eine umfassende Teststrategie beschlossen wird. Wir unterstützen dies ausdrücklich. Wöchentlich soll es einen kostenfreien, anlasslosen Test für alle Bürgerinnen und Bürger geben. Der Bund übernimmt die Kosten. Auch die Unternehmen leisten ihren Beitrag, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen kostenlosen Test bekommen.

Und wir, die Länder, stellen mit Testkonzepten sicher, dass Lehrkräfte – auch Schülerinnen und Schüler – sich testen lassen können. Ich finde, das ist eine sehr wichtige Vorbedingung dafür, dass wir die weiterführenden Schulen wieder öffnen können.

Das ist alles gut. Jetzt geht es an die Umsetzung. Ich denke, wir sind damit auf dem richtigen Weg.

(Beifall)

Wir sind hier auch bislang schon gut vorangekommen. Ich denke etwa an den Modellversuch in Böblingen. Oberbürgermeister Belz aus Böblingen, die Kollegin Walker, die Alaman Apotheke aus Holzgerlingen waren da involviert. Ich finde, es ist wichtig, dass solche Versuche gestartet wurden. Herr Minister, dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Denn das zeigt auch, dass eine Testlogistik nicht einfach von heute auf morgen aufgebaut werden kann. „Testen, testen, testen“ auf ein Blatt zu schreiben, das reicht eben nicht. Und Schnellschüsse, wie von Minister Spahn angekündigt, sind ja von der eigenen Kanzlerin schon wieder einkassiert worden.

Wenn jetzt die Minister Spahn und Scheuer damit beauftragt sind, die Testlogistik des Bundes aufzubauen, so ist das höchste Eisenbahn. Ein zweites Mautdebakel können wir uns bei diesem wichtigen Thema nicht leisten. Hier ist umsichtiges und kluges Handeln gefordert.

(Beifall)

Wenn das Testangebot auch auf die Schülerinnen und Schüler ausgeweitet wird, ist das eine wichtige Voraussetzung dafür, wieder Präsenzunterricht zu ermöglichen. Denn klar ist doch: Präsenzbetrieb ist gerade für die Kleinsten in unserer Gesellschaft elementar. Deswegen haben wir mit der Öffnung der Grundschulen hier einen ersten Schritt getan. Präsenzunterricht muss sicher sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb muss die Öffnung der Schulen besonders umsichtig erfolgen.

(Andreas Schwarz)

Die Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land haben bislang große Anstrengungen unternommen, ihre Schülerinnen und Schüler in Fern- und Wechselunterricht bestmöglich zu unterrichten. Dennoch ist klar: Einige Kinder haben Lernlücken. Sie kommen aus dem Homeschooling mit Lernlücken, und oftmals können sie diese Lernlücken aus eigener Kraft gar nicht schließen.

Wir schlagen daher vor, den Leistungsstand der Schülerinnen und Schüler zu erheben. Auf dieser Grundlage können die Schulen dann zielgerichtet nachsteuern: Wo sind die Lernlücken besonders groß, in welchen Bereichen, in welchen Fächern? Welche Unterrichtsinhalte sind bislang auf der Strecke geblieben?

Ich denke auch, dass wir mit den beiden neuen Bildungsinstituten eine gute Infrastruktur haben, um solche Erhebungen dann auswerten zu können.

Zur Behebung der Defizite braucht es dann zusätzliche Angebote und Sonderprogramme. Ja, vielleicht muss man auch eine besondere Form der individuellen Förderung für die Schülerinnen und Schüler organisieren. Lehrerinnen und Lehrer allein werden das nicht schaffen können.

Wir schlagen vor, die Unterstützung durch Studentinnen und Studenten, durch Mentorinnen und Mentoren hinzuzuziehen. Zudem schlagen wir vor, wie bereits in den letzten Sommerferien zusätzliche Angebote zu machen, quasi als Lernbrücken in den Ferien, um Lernstoff nachzuholen. Wir schlagen vor, dies zügig mit allen Beteiligten zu besprechen und dann auf den Weg zu bringen.

(Beifall)

Nochmals zu den Schulöffnungen. Bei den weiterführenden Schulen habe ich frühzeitig zur Vorsicht gemahnt. Hier klappt der Distanzunterricht vielfach sehr gut. Das ist auch ein Verdienst der Lehrerinnen und Lehrer, die sich hier stark engagieren. Wir, das Land, haben den Distanzunterricht mit Investitionen in Technik und Infrastruktur flankiert. Dennoch wünschen sich natürlich auch ältere Schülerinnen und Schüler, nicht nur am Bildschirm unterrichtet zu werden, sondern auch in die Schule gehen zu können. Deswegen ist es richtig, hier eine Öffnungsperspektive zu geben. Wenn in den nächsten zehn Tagen die Klassen 5 und 6 mit Abstandsregelungen wieder an die Schulen gehen, dann ist das ein erster vorsichtiger Schritt. Meine Fraktion begrüßt diesen Schritt. Wir finden, das ist die richtige Vorgehensweise.

(Beifall)

Der Herr Ministerpräsident hat die Öffnungsschritte im Einzelhandel und auch die Konditionen, die Bedingungen, die damit einhergehen, dargestellt. Ich möchte zwei Aspekte aufgreifen und nochmals unterstreichen: Zum einen freuen wir uns, dass es eine Öffnungsperspektive für den Einzelhandel gibt, auch jenseits der Versorgung der Bevölkerung mit Gütern für den täglichen Bedarf. In den Landkreisen, in denen es gelingt, den Inzidenzwert stabil unter 50 zu drücken, wird eine Öffnung unter Hygieneauflagen möglich sein.

Wir haben das, Herr Kollege Rülke, gut abgewogen. Denn auf der einen Seite hätten wir sagen können: „Wir orientieren uns an einer landesweiten Inzidenz.“ Auf der anderen Seite wäre

es möglich gewesen, Agglomerationen, regionale Zusammenschlüsse zu bilden.

Ich finde die getroffene Vereinbarung gut, Herr Ministerpräsident. Denn damit wird an die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger appelliert – ein Punkt, der auch von der FDP immer wieder vorgebracht wird. Das heißt, man hat es im Grunde im Griff, wie das Infektionsgeschehen in der jeweiligen Region aussieht.

Ich bin der festen Überzeugung, mit einer Teststrategie – der Ministerpräsident hat das Angebot einer großen Drogeriemarktkette dargelegt – wird ein Schuh daraus: Eigenverantwortung, auch das Verantwortungsbewusstsein, die Solidarität, die Teststrategie vor Ort.

Ich glaube, der Vorschlag, das Ganze an den Inzidenzwerten, am örtlichen Infektionsgeschehen festzumachen, ist ein Weg mit Maß und Mitte. Wir unterstützen diesen Weg. Wir sprechen den Appell aus, Herr Ministerpräsident, dass man in den Grenzbereichen mit Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz Abstimmungen herbeiführt. Insbesondere in der Metropolregion Rhein-Neckar und in den Regionen Donau-Iller und Bodensee-Oberschwaben ist eine solche grenzüberschreitende Abstimmung notwendig. Aber insgesamt ist es ein Vorgehen, das Maß und Mitte wahrt, und das unterstützen wir.

(Beifall)

Wir haben auch einen Vorschlag des Handels aufgegriffen. Wir waren neulich alle beim Einzelhandelsverband und haben darüber diskutiert. Der Einzelhandel hatte vorgeschlagen, Click and Meet als Ergänzung zu Click and Collect zu machen – ein Vorschlag aus dem Handel. Deswegen finde ich es gut, es zu ermöglichen, dass der Handel hier auch seine Stärken ausspielen kann.

Denn was ist die Stärke des baden-württembergischen Einzelhandels? Das ist die hohe Qualität in der Beratung der Kundinnen und Kunden im Geschäft. Mit Click and Meet stellen wir sicher, dass diese Stärke ausgespielt werden kann. Deswegen ist das ein sehr guter Vorschlag, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Es gibt erste Öffnungsschritte im Kulturbereich. Es ist zwar noch nicht so weit, dass man wieder Konzerte und Kinos besuchen kann, aber dort, wo Abstände eingehalten werden können – beispielsweise in Museen und Galerien –, ist eine vorsichtige, inzidenzbasierte Öffnung möglich. Das halten wir für gut vertretbar. Das ist auch ein erster Hoffnungsschimmer für Kunst und Kultur. Nach wie vor gilt die Maxime, Frau Staatssekretärin, Kunst trotz Abstand zu ermöglichen. Wir sind Ihnen dankbar, dass Sie entsprechende Programme aufgelegt haben.

Meine Damen und Herren, ich bin mir sicher: Wenn wir die Pandemie so weit im Griff haben und die von Ihnen, Herr Minister Lucha, in Aussicht gestellten zehn Millionen Impfdosen im zweiten Quartal verimpft sind, dann sollten wir hier nochmals über ein Neustartprogramm für Kunst und Kultur nachdenken. Genauso, wie wir dann gemeinsam darüber reden müssen, wie wir den innerstädtischen Handel, die Zentren wieder hochfahren, wieder attraktiv machen, brauchen

(Andreas Schwarz)

wir auch ein Neustartprogramm für Kunst und Kultur, um die Vereine, die Amateurmusik, die Musikschulen, die Theater und die Initiativen im Land zu unterstützen. Wir werben sehr dafür, dass wir im Frühjahr dieses Jahres gemeinsam an diesen Neustartprogrammen arbeiten. Das ist wichtig für ein lebendiges, buntes und vielfältiges Baden-Württemberg.

(Beifall)

Es gibt einen Punkt, über den ich nicht erfreut war. Ich war nicht erfreut darüber, dass in der Verantwortungsgemeinschaft von Bund und Ländern noch immer zu wenig in der Wirtschaftshilfe passiert. Wir haben das hier mehrmals besprochen. Da bestand auch nie ein Dissens zwischen den Parteien des demokratischen Verfassungsbogens.

(Vereinzelt Lachen)

Die Gelder an die Unternehmen müssen zügig fließen, sie müssen zügig die Unternehmerinnen und Unternehmer erreichen. Nur so vermeiden wir Insolvenzen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da geht noch mehr, da ist Luft nach oben. Das muss zügig geschehen.

(Beifall)

Ich möchte noch einen sehr relevanten Detailpunkt herausgreifen. Von Anfang an war es uns in Baden-Württemberg wichtig, bei den Wirtschaftshilfen alle unter den Schutzschirm zu bringen. Gerade kleine Selbstständige, Soloselbstständige, die Kreativbranche, der Messebauer waren von den notwendigen Maßnahmen besonders betroffen. Da sind die bürokratischen Hilfsprogramme oft an der Lebenswirklichkeit vorbeigegangen. Künstlerinnen und Künstler oder auch kleine Händler auf das Sozialamt zu schicken, kann ja nun wirklich nicht ernst gemeint sein.

Deswegen haben wir in Baden-Württemberg frühzeitig den fiktiven Unternehmerlohn erfunden. Der Bund ist dringend aufgefordert, das Instrument des fiktiven Unternehmerlohns in die Programme aufzunehmen. Wir werden weiter darauf drängen. Wir werden weiter für den fiktiven Unternehmerlohn werben. Da bleiben wir hartnäckig. Das finde ich sehr wichtig für die Unternehmerinnen und Unternehmer im Land.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zeigt Perspektiven. Schritt für Schritt, mit Umsicht und Vernunft können wir Lockerungen in den Schulen, im Einzelhandel, bei den Dienstleistungen, in der Kultur, auch beim Sport wagen. Diese Perspektive ist nötig. Sie gibt uns allen Hoffnung. Dennoch bleiben wir wachsam. Und so, mit Vorsicht, mit Umsicht, mit Abstands- und Hygieneregeln, mit Impfen und mit Schnelltests, kommen wir gemeinsam durch die Krise. Dafür sage ich herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Bleiben Sie gesund.

(Beifall)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Wolfgang Reinhart** CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Beschlüsse von Bund und Ländern sind ein starkes Signal der Zuversicht. Der Weg aus dem Lockdown beginnt. Stück für Stück werden wir uns in den nächsten Monaten mehr Normalität erkämpfen.

Wir haben dem Virus inzwischen viel mehr entgegenzusetzen als noch im Herbst vergangenen Jahres. Wir können jetzt ganz anders agieren. Es sind maßvolle Schritte, die wir gehen. Wir gehen sie mit Bedacht. Sie führen uns hinaus aus der Pandemie und zurück ins Leben.

(Beifall)

Ich will deutlich sagen: Das unterstützen wir. Daran arbeiten wir im Land als Koalition, und zwar mit ganzer Kraft und großer Geschlossenheit.

Ich will hinzufügen, Herr Kollege Rülke: Das, was von der MPK vorgelegt wurde, fußt auf wissenschaftlichen Erkenntnissen des Robert Koch-Instituts. Insoweit sieht man im Grunde genommen eine Orientierung daran. Der Ministerpräsident nickt. Ich glaube, es ist wichtig, dass sich alle Länder im Konsens bewegen; ansonsten wäre das Chaos groß. Das geht in so einem Fall nicht.

(Beifall)

Wir haben einen harten Winter hinter uns. Die Menschen sehnen sich nach Frühling und nach Freiheit. Diese Sehnsucht ist verständlich. Sie ist auch berechtigt, aber noch müssen wir vorsichtig bleiben. Zu Recht hat der Regierungschef gesagt: Viele sind an der Belastungsgrenze; denn noch ist der Coronawinter nicht vorbei.

Kollege Rülke hat Kafka zitiert. Ich will Ihnen da Fontane entgegenhalten, der gesagt hat:

*Wohl zögert auch das alte Herz  
und atmet noch nicht frei,  
es bangt und sorgt: „Es ist erst März,  
und März ist noch nicht Mai.“*

(Beifall)

Genau darum wird es gehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf: Herr Kollege, ist das nicht von Victor Hugo?)

Genau in dieser Lage sind wir jetzt. Die Hoffnung ist da, aber auch die Sorge lässt uns noch nicht los, nämlich die Sorge mit Blick auf den Vormarsch der Mutationen, die Gefahr der beschriebenen dritten Welle, die hohen Inzidenzwerte in den Ländern um uns herum. In Tschechien beträgt der Inzidenzwert 750. An der bayrischen Grenze – in Tirschenreuth, in Weiden etc. – beträgt der Wert über 300.

Das zeigt: Die Viren sind nicht müde. Deshalb müssen auch wir wachsam bleiben. Das kann und muss der Weg sein: Wachsamkeit und Perspektive. Denn wir alle wollen kein Strohfeuer, wie es zu Recht gesagt wurde. – Das kann und muss der Weg sein.

Diesen Weg haben die Ministerpräsidenten am Mittwoch mit der Kanzlerin eingeschlagen. Sie haben damit erste Meilen-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

steine, Öffnungsschritte und Spielräume definiert und eine Roadmap aus dem Lockdown gezeichnet. Das begrüßen wir mit Nachdruck. Wir stehen an der Seite der Landesregierung, wenn sie diese Roadmap im Land klug und umsichtig umsetzt.

(Beifall)

Ich will betonen, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Wir hatten auch Erfolge im Kampf gegen das Virus. Vieles macht uns Mut. Der Inzidenzwert in der Gruppe der besonders Gefährdeten, in der Gruppe der über 85-Jährigen, ist um 84 % gesunken.

Wir kommen jetzt Gott sei Dank mit Blick auf das Impfen deutlicher voran. Die EU-Kommission rechnet mit knapp 500 Millionen Dosen im zweiten Quartal. Für Baden-Württemberg sind das – das wurde richtig gesagt – zehn Millionen Dosen im zweiten Quartal. Das ist dann endlich eine Perspektive. Wir hätten uns das noch schneller gewünscht, überhaupt keine Frage. Auch das muss man in diesem Zusammenhang sagen.

(Beifall)

Aber schon bald wird es die Herausforderung sein, diese großen Mengen – Sie nicken, Herr Gesundheitsminister – an den Mann und an die Frau zu bringen. Da wollen wir jetzt Tempo haben.

(Beifall)

Deshalb ist es gut, dass die Hausärzte – das wurde vorgezogen – ab April herangezogen werden. Wir hatten auch Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der IHK mit Blick auf die Betriebsärzte. Das ist ein vernünftiger Weg, damit man den Impfstoff breit verteilen kann. Ich habe kürzlich mit Vertretern der IHK gesprochen. Das Impfen muss sozusagen in die Fläche. Tempo ist jetzt alles.

Auch der Impfstoff von AstraZeneca muss jetzt dringend breit genutzt werden. In Baden-Württemberg sind von 427 000 gelieferten AstraZeneca-Dosen Stand gestern oder vorgestern erst 86 000 Dosen verimpft gewesen. Das muss sich jetzt ändern.

Die zehn Millionen Impfdosen müssen jetzt, sobald sie geliefert werden, auch rasch in die Fläche kommen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist auch gut, dass die STIKO ihre Empfehlungen auf den neuesten Stand gebracht hat. Keine Dosis darf übrig bleiben. Ich finde, es wurde vorhin richtig gesagt: Schon die erste Impfung erlaubt einen umfassenden Schutz. Deshalb ist auch hier das angesprochene System zielführend.

Folgendes ist mir wichtig: In Deutschland und vor allem auch in Baden-Württemberg konnten wir zu jeder Zeit allen schwer Erkrankten die maximale medizinische Versorgung garantieren. Das ist eine Leistung, die uns weltweit auszeichnet. Das, was alle am meisten gefürchtet hatten, der Zusammenbruch des Gesundheitswesens, ist abgewendet worden. Dafür sind wir dankbar. Ich möchte heute an dieser Stelle auch einmal allen Ärztinnen und Ärzten, allen Pflegekräften, die an den Intensivbetten täglich Leben gerettet haben, herzlich danken.

(Beifall)

Neben der Gesundheit, die wichtig ist und die uns immer vorrangig war und höchste Bedeutung hat, geht es immer auch um die Wirtschaft.

(Zuruf)

Auch bei den Hilfszahlungen an die Unternehmen ist jetzt deutlich Tempo hineingekommen. Bei der Novemberhilfe sind in Baden-Württemberg, Herr Kollege Schwarz, erfreulicherweise nun 90 % der Anträge abgeschlossen, bei der Dezemberhilfe sind es 83 %. Wir haben Druck gemacht; das war wichtig. Es war höchste Zeit. Das entspricht einem Auszahlungsvolumen von 1,1 Milliarden € in Baden-Württemberg in Relation zu 7 Milliarden € im Bund.

Insoweit – das will ich schon sagen –: Nach zugegebenermaßen ärgerlichen Verzögerungen – die übrigens auch auf das Konto von Bundesfinanzminister Scholz gegangen sind –

(Beifall – Zurufe)

– ja, ja; das ist unbestritten;

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

keine Frage –,

(Zurufe)

können wir Vollzug melden und sagen, und zwar gerade hier in Baden-Württemberg: Das Geld fließt. Wir helfen. Wir tun etwas für die Wirtschaft.

Selbstverständlich müssen wir den Unternehmen auch weiterhin helfen. Wir brauchen einen Marshallplan für unsere Innenstädte, damit das Leben auch dort wieder zurückkehren kann. Aber mehr noch brauchen wir – und diese haben wir inzwischen – endlich Perspektiven, nämlich Perspektiven für den Einzelhandel, für die Gastronomie, für die Kultur, für den Sport. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt einen Systemwechsel eingeleitet haben.

(Beifall)

Seien wir doch ehrlich: Unternehmer wollen Unternehmer sein und nicht Unterlassener. Sie wollen unternehmen, und sie wollen nicht alimentiert werden. Deshalb: Auch Terminshopping für stationäre Fachgeschäfte, Freitestmöglichkeiten für die Gastronomie, für Kinos und andere, all das muss jetzt in die Tat umgesetzt werden.

Dies müssen die nächsten Schritte sein. Sie sind dringend ersehnt und gut vertretbar – übrigens auch bei Inzidenzen von über 50 –; denn sie bringen Freiheit und Infektionsschutz in eine neue Balance, und sie stärken nach Wochen der harten Vorgaben – auch dies wurde vom Kollegen zu Recht angesprochen – die Eigenverantwortung. Auch darum muss es nämlich immer gehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Der Kampf gegen die Pandemie steht jetzt an einem neuen Punkt, und er geht auch in eine neue Etappe. Die Beschlüsse vom Mittwoch leiten den nötigen Methodenwechsel ein. An die Stelle der Eindämmungsstrategie muss jetzt ein aktives, ein dynamisches Vorgehen treten. Ich nenne es ein Vorgehen des Möglichmachens. Darauf müssen sich jetzt die Energien

(Dr. Wolfgang Reinhart)

und auch die Ressourcen richten. Denn es gilt – darüber haben wir ebenfalls oft gesprochen –: Nicht die Öffnung ist begründungspflichtig, sondern die Beschränkung ist begründungspflichtig.

(Beifall – Zuruf: So ist es!)

Der Lockdown war notwendig, um über den Winter zu kommen. Dazu stehen wir. Bei so hohen Infektionszahlen wie im Dezember mit einer Inzidenz von über 208 und auch noch im Januar war die Kontaktvermeidung dringend geboten und auch gerechtfertigt. Aber jetzt müssen wir nach vorn gehen.

Das können wir auch. Denn die strategischen Grundbedingungen für den Kampf gegen das Virus ändern sich gerade grundlegend. Die Möglichkeiten, die sich daraus ergeben, müssen wir jetzt schnell und aktiv nutzen.

Dazu gehören – erstens – die Gesundheitsämter. Sie haben Gott sei Dank nachgerüstet. Der Landkreistag hat in der vergangenen Woche gemeldet, dass inzwischen alle Gesundheitsämter mit SORMAS online gegangen sind. Das ist wichtig. Davon erwarten wir uns bei der Kontaktnachverfolgung jetzt natürlich deutlich – deutlich! – mehr Schnelligkeit und mehr Leistung. Das ist eine ganz entscheidende Variable, die uns neue Freiheiten schafft.

Wir brauchen außerdem – das wurde zu Recht angesprochen – mehr clevere digitale Lösungen, wie z. B. Check-in-Apps bei anstehenden Restaurantbesuchen. Ich meine, wir sollten jetzt lieber Leben und Existenzen und nicht nur Daten schützen, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Darum muss es gehen; denn auch die Gastronomie erwartet Hilfe. Neben den Perspektiven für die Außengastronomie sind auch Lösungen für die Außen- und Innengastronomie dringend notwendig. Wir stehen an deren Seite. Wir haben ihnen mit großen Stabilisierungsprogrammen geholfen.

Zweitens: Auch beim Testen können wir in ganz neue Dimensionen vorstoßen. Die neuen, einfachen, billigeren Tests erlauben jetzt endlich eine breite, auch massiv hochskalierte Testkampagne: regelmäßig, anlasslos und auch kostenlos. Testen muss in Zukunft zum Alltag gehören, wie das Zähneputzen und das Busticket im Grunde genommen zum Alltag dazugehören.

(Zuruf)

„Testen, testen, testen“, war immer unsere Forderung. Daran haben wir festgehalten. Wir sind froh und dankbar, dass auch die Landesregierung damit jetzt klar vorangeht. Wir haben in den Schulen begonnen. Wir bauen es weiter aus – übrigens auch zusammen mit den Kommunen – neben den anderen Testzentren.

(Beifall)

Dieser MPK-Beschluss macht damit auch das Testen zu einer zentralen Bedingung zur Ermöglichung von mehr Normalität. Das begrüßen wir sehr.

Drittens: Der weitere und künftige Weg, auch für Öffnungsentscheidungen, kann im Grunde genommen nicht mehr al-

lein nur vom Inzidenzwert abhängen. Schließlich kommt es nicht nur darauf an, wie viele sich anstecken, sondern auch darauf, wer. Der Impffortschritt gerade bei den Hochrisikogruppen hat dem Virus – Gott sei Dank – inzwischen schon viel von seiner Gefährlichkeit genommen. Wir brauchen deshalb jetzt einen Kriterienmix und müssen mehr auf die Zahl der schweren Krankheitsverläufe, auf die Belegung der Intensivbetten, auf den Impffortschritt, den ich erwähnt habe, und auch auf regionale Unterschiede schauen.

Gerade die regionale Differenzierung ist wichtig. Ich halte sie auch für notwendig. Wir können den Schwarzwald-Baar-Kreis, der stabil unter einem Inzidenzwert von 35 liegt, nicht auf Dauer genauso behandeln wie Wunsiedel oder Tirschenreuth an der tschechischen Grenze, die einen Inzidenzwert aufweisen, der zehnmal höher ist. Im Übrigen hat der Justizminister schon vor Tagen gesagt, die Zahl 35 als neue 50 sei eher fragwürdig. Ich halte es für richtig, dass man davon jetzt abgekommen ist.

Ich halte es auch für richtig, was die Landesregierung gestern Abend mit den Regierungsfractionen – vielen Dank dafür – hinsichtlich der Entscheidung, was das Land macht, abgesprochen hat – ob es eine regionale Lösung vorsieht oder das gesamte Land als Einheitsdurchschnitt sieht. Was hätten wir gesagt, wenn 40 Kreise unter dem Inzidenzwert von 50 gewesen wären und vier darüber und wir gesagt hätten: „Wir nehmen für alle noch immer den Wert von über 50“? Aber auch die Wünsche – Übrigens zeigen heute auch Umfragen in der Bevölkerung: Das war die richtige Entscheidung, Herr Ministerpräsident. Ich finde, Sie haben da klug und richtig gehandelt.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, auch für die Schulen müssen und werden wir die nächsten Schritte anschließen. Jetzt gibt es schon Öffnungen für die Grundschulen sowie die fünften und sechsten Klassen. Heute veröffentlicht die Kultusministerin auch den Plan, wie es ab Ostern mit den siebten Klassen folgende weitergehen soll. Wir erleben auch: Der immer so lautstark geforderte Wechselunterricht hat seine Grenzen. Er ist auch keine Dauerlösung. Da, wo wir zur Präsenz zurückkehren können, müssen wir zur Präsenz zurückkehren.

Ich will einmal die Bundesfamilienministerin zitieren, Herr Kollege Stoch. Frau Giffey hat gesagt:

*Es kann nicht sein, dass Hunde früher in die Schule gehen als Kinder und Jugendliche.*

Dazu stehen wir ebenso. Ich finde, das ist ein kluger Satz.

(Beifall)

Hier brauchen wir begleitende Tests. Gerade hier, wo auch der MPK-Beschluss jetzt einen wöchentlichen Schnelltest pro Schüler enthält, glaube ich, sind wir auf einem guten Weg. Noch mehr Tests bringen auch mehr Sicherheit. Deshalb unterstützen wir die Regierung dabei, mit breiten Testungen mehr sicheren und auch beschützten Präsenzunterricht zu ermöglichen. Die eben von Ihnen dargestellten 250 Teststationen gehen genau in diese richtige Richtung.

Selbstverständlich wird es wie schon in der Vergangenheit mit den Lernbrücken gute Konzepte geben, um Versäumtes auf-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

zuholen und vor allem Kinder besonders zu fördern. Für uns hat Bildung Vorfahrt. Das war immer unsere gemeinsame Überzeugung, und das gilt auch weiterhin ganz klar.

(Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Landesregierung und diese Koalition haben unser Land gut durch die Krise geführt.

(Zuruf)

Wir haben höchste Zustimmungswerte seitens der Bürgerinnen und Bürger

(Zurufe, u. a.: Wo?)

für die Arbeit und die Bilanz dieser Regierung in den vergangenen fünf Jahren.

(Oh-Rufe)

Damit müssen Sie sich mal aufmerksam befassen.

Wir haben gemeinsam wichtige Entscheidungen getroffen. Wir haben die Menschen geschützt und Existenzen gesichert. Wir haben jenseits von Parteiinteressen und Lagerdenken erfolgreich zusammengearbeitet und das Land in der Krise zusammengehalten.

Vorhin wurde zu Recht angesprochen: In der Demokratie gilt es, in der Krise zusammenzustehen. Das haben wir getan. Diese Koalition hat sich gerade in der Stunde der Bewährung als sehr gutes Modell für Baden-Württemberg erwiesen,

(Zurufe, u. a.: Oh ja! – Das hat man gemerkt!)

als ein Modell des Ausgleichs, der Verantwortung und auch des Vertrauens.

(Beifall – Zurufe)

Wir haben der Wirtschaft mit Vollgas geholfen. Wir haben im letzten März an einem einzigen Tag einen Milliardenhaushalt gewuppt. Wir haben für die Kommunen, für die Familien, für die Vereine, für die Krankenhäuser, für den ÖPNV, für die Gastronomie und für den Tourismus enorm viel getan, damit sie die Krise überstehen.

In diesen Tagen haben wir mit dem Landkreistag auch den ÖPNV in diesem Land für das nächste halbe Jahr erneut gesichert. Da stehen beide Regierungsfractionen zusammen. Das haben wir auch mit dem Verkehrsminister und dem Landkreistagspräsidenten besprochen.

Wir haben 2,4 Milliarden € Soforthilfe für 250 000 Unternehmen ausgezahlt und haben 2,9 Milliarden € über unseren kommunalen Coronapakt – mit dem Bund zusammen 4,2 Milliarden € – zur Verfügung gestellt. Wir haben zusätzlich 330 Millionen € speziell für die Gastronomie und Hotellerie etatisiert, haben 47 Millionen € für Vereine und Ehrenamt, 300 Millionen € für den Mittelstand durch Invest BW bereitgestellt. Den ÖPNV-Rettungsschirm verlängern wir wie erwähnt. In unser Gesundheitswesen haben wir massiv investiert. Wir starten mit dem Programm „Zukunftsland Baden-Württemberg“ eine echte, eine kraftvolle Agenda der Erneuerung für dieses

Land. Gut, dass jetzt auch der Härtefallfonds kommt. Ich sage das deshalb, weil wir beim Breitbandausbau die Landesmittel gegenüber den Ansätzen der Vorgängerkoalition verzehnfacht haben. Wir haben die größte Sicherheitsoffensive der Landesgeschichte gefahren mit Tausenden Stellen für Polizisten, Richter und Staatsanwälte. Wir haben die Kindergartenförderung in dieser Periode auf über 1 Milliarde € verdoppelt und die Bildungsausgaben im Vergleich zu 2016 um 20 % gesteigert. Wir haben den Artenschutz und den Klimaschutz weit vorangebracht, haben gute Lösungen gefunden.

(Zuruf)

Wir haben mit der Landarztquote, mit dem kommunalen Wohnungsbaufonds, mit dem Cyber Valley und vielem mehr echte, wirkliche Innovationen in diesem Land geschaffen. Wirtschaftskraft und Innovation, Bewahrung der Schöpfung und Zusammenhalt, das sind die Richtmarken unseres baden-württembergischen Erfolgswegs, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall)

Darauf können alle stolz sein, die zusammen mit dieser Landesregierung daran mitgewirkt haben.

Wir stellen sicher, dass unser Land nach dieser Krise noch stärker, noch innovativer, noch lebenswerter sein wird. In den letzten Monaten hat eine historische Vielzahl von Vorlagen das Kabinett passiert. Das ist eine starke Leistungsbilanz für die Menschen im Land und ein klarer Plan für die Zukunft.

Wir haben heute einen gemeinsamen Antrag vorgelegt. Ich bitte Sie alle, wenn Sie diese Vision erkennen: Stimmen Sie dem Antrag der Fraktionen von CDU und Grünen zu; denn er schlägt einen klugen Weg vor; das ist ein kluger Antrag. Zeigen Sie, dass Sie mit uns gemeinsam handeln wollen.

(Beifall)

Die Pandemie und ihre Folgen werden uns weiter vor große Aufgaben stellen. Baden-Württemberg – das will ich sagen, weil es die letzte Sitzung vor der Landtagswahl ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen – braucht jetzt keine Experimente.

(Unruhe)

Baden-Württemberg braucht Verantwortung. Baden-Württemberg braucht eine starke Mitte.

(Zurufe)

Und Baden-Württemberg wird – mit dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger – mit uns diese starke Mitte erneut darstellen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall – Zurufe)

**Präsidentin Muhterem Aras:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

**Abg. Andreas Stoch SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zurück zur Landtagsde-

(Andreas Stoch)

batte, nachdem die Bilanzpressekonferenz soeben zu Ende ging.

(Heiterkeit – Beifall)

Anscheinend hat sich der Kollege Reinhart intensiv mit Zahlen beschäftigt und jetzt den Plan B ausgerufen. Der Führungsanspruch der CDU Baden-Württemberg ist endgültig perdu. Scheinbar reicht es der CDU, wenn sie in einer grün-schwarzen Regierung ein bisschen weitermachen darf.

(Beifall)

Kommen wir zum eigentlichen Thema. Dass es bei dieser Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung am vergangenen Mittwoch um sehr viel gehen würde, war bereits im Vorfeld erkennbar. Die Tage vor dieser Konferenz waren bereits von verschiedenen Wasserstandsmeldungen geprägt, auch Wasserstandsmeldungen aus Baden-Württemberg.

Wir haben am vergangenen Montag bei dem sogenannten Duell im SWR festgestellt, dass vonseiten des Ministerpräsidenten im Vorfeld dieser Konferenz die Idee eines Stufenplans entwickelt wurde. Aber wir haben auch festgestellt, dass das Thema Digitalisierung ein ganz großes Problem ist, vor allem innerhalb dieser Landesregierung. Denn E-Mails kommen nicht an. Wenn die Kultusministerin sagt, der Postweg wäre noch besser, dann rate ich dazu: Wir sollten in die Zucht von Brieftauben einsteigen, damit diese Regierung zukünftig konferieren kann.

(Heiterkeit – Beifall)

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Diskussion bei diesem „Duell“ am vergangenen Montag lässt mich schon ratlos zurück.

(Zurufe)

Denn es interessiert die Menschen eigentlich nicht, wer von Ihnen wann welches Positionspapier kannte. Wenn Sie das so viel engagierter und intensiver diskutieren als die Frage, wie wir am besten aus der Krise herauskommen, dann ist das schlicht katastrophal.

(Beifall)

Ja, wir treffen uns seit Monaten hier in diesem Haus, um über die Coronapolitik zu diskutieren. Seit Monaten fordern wir hier im Haus eine verlässliche Strategie. Kollege Rülke hat es vorhin zu Recht angesprochen. Nachdem dieser „Lockdown light“ im November und vor allem dann der Lockdown ab Mitte Dezember kam, haben wir seit Januar hier in diesem Haus gefordert, dass Sie definieren, wie wir aus diesem Lockdown auch wieder herauskommen. Es freut uns, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass Sie heute, fast zwei Monate später, endlich so weit sind. Aber, Herr Kollege Reinhart, man braucht das nicht so zu feiern, als wenn das jetzt der Durchbruch und die geistige Errungenschaft der Regierung wäre. Es ist allerhöchste Zeit, dass den Menschen in diesem Land endlich eine Perspektive aufgezeigt wird.

(Beifall – Zuruf des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Seit Mittwochabend liegt jetzt auch so eine Strategie auf dem Tisch, ein Wenn-dann-Plan, eine verlässliche Perspektive,

(Abg. Anton Baron AfD: „Verlässlich“!)

also genau das, was laut dem Ministerpräsidenten – zuvor hatte er das hier am Pult mehrfach gesagt – ein Ding der Unmöglichkeit war.

(Zuruf)

Zum Glück gilt diese Strategie auch für Baden-Württemberg, und hoffentlich kommt sie nicht um Monate zu spät. Denn es geht hier um das Thema Akzeptanz, das vorhin auch schon angesprochen wurde. Die Akzeptanz hat in den vergangenen Wochen ganz erheblich darunter gelitten, dass die Menschen auf ihre berechtigten Fragen keine Antworten bekommen haben, und mit all dem Frust mit einer Landesregierung, die sich so unglaublich schwertut, rechtzeitig richtig zu reagieren.

Herr Ministerpräsident, es ist richtig, wenn Sie sagen, es reiche nicht, zwischen Schwarz und Weiß, Lockdown und vollständiger Öffnung zu unterscheiden. Genau das war und ist unsere Rede an diesem Pult. Eine so komplexe Aufgabenstellung wie die Coronapandemie braucht differenzierte Antworten, insbesondere wenn es um die Frage der Wirksamkeit der Maßnahmen geht. Und diese Differenzierung haben wir bei der Landesregierung bisher vermisst, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Was Covid-19 so gefährlich macht, ist u. a. auch die lange Inkubationszeit von bis zu zwei Wochen. Wenn es aber darum geht, dass diese Landesregierung die notwendigen Schritte macht, dann liegt die Inkubationszeit teilweise bei mehreren Monaten, und ich halte das für außerordentlich riskant. Die Strategie, die seit Mittwoch auf dem Tisch liegt, war lange überfällig. Sie sieht auch definitiv einen Schritt in die richtige Richtung vor.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Teufel liegt auch hier wieder einmal im Detail. Ich kann es Ihnen nicht ersparen, dass ich einmal mehr sage: Wir müssen klarer reagieren. Vor allem die Frage der Bezugsgrößen, um das Infektionsgeschehen zu beschreiben, ist nicht unproblematisch. Wir finden in diesem Stufenplan wieder die Inzidenz als abstrakte Zahl. Wir haben bisher diese Inzidenz als Wert deshalb benutzt, weil am Ende der Kausalkette immer überfüllte Intensivkapazitäten als Schreckensbild dastanden, die wir zu verhindern hatten und haben, und auch die Frage der schweren oder gar tödlichen Verläufe.

Deswegen müssen wir in den nächsten Wochen dazu übergehen, diese Inzidenzzahlen komplexer zu analysieren, als das bisher geschehen ist. Kollege Reinhart hat es gerade hier am Pult auch gesagt. Bei einer höheren Impfquote vor allem bei den älteren vulnerablen Gruppen sinkt das Risiko der schweren Verläufe und sinkt auch das Risiko der Intensivbehandlungen. Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind allein die abstrakten Zahlen 35, 50 oder 100 nicht maßgebend. Die Zahlen werden unterschiedlich zu interpretieren sein, je weiter der Impffortschritt gediehen ist.

Aber gleichzeitig weise ich auf das Risiko durch die Mutationen hin. Es stimmt, dass diese Mutationen leichter übertrag-

(Andreas Stoch)

bar sind. Das heißt, es sind verschiedene Effekte. Die einen wirken verschärfend, die anderen wirken entschärfend. Aber genau eine solche differenzierte Betrachtung brauchen wir. Wir brauchen auch eine Betrachtung, die ausschließt, dass sehr punktuelle Infektionsgeschehen, sogenannte Cluster, dann zu Belastungen in einem Landkreis führen. Denn das wäre auch denen gegenüber nicht gerecht, die in diesem Landkreis ansonsten eine sehr niedrige Inzidenz einhalten.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist mit diesem Stufenplan zwar ein erster Schritt gemacht, aber noch lange nicht das Problem gelöst. Wir haben draußen eine Menge Probleme. Auch viele Wochen nach dem Start der Impfungen sind noch nicht einmal die Hälfte aller Menschen über 80 in diesem Land geimpft. Die Organisation hakt noch immer, und es sieht so aus, als werde das mit dem Testen auch weitergehen. Seit Ende des vorigen Jahres hat Minister Lucha und damit diese Landesregierung den Mangel an Impfstoff extrem schwach verwaltet. Ich sehe jetzt aber die große Gefahr, dass sie auch einen Überfluss an Impfstoff schwach verwalten werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das können wir uns nicht leisten. Im erfolgreichen Impffortgang liegt die Lösung des Problems. Also muss diese Landesregierung bei der Organisation des Impfens endlich in die Gänge kommen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Man kann es kommen sehen, dass wir in Kürze mehr als genug Impfstoff haben werden, viel mehr, als wir in den jetzigen Impfzentren verimpfen können. Es war auch absehbar, dass auch der Impfstoff von AstraZeneca für alle Altersklassen zugelassen wird. Wir sollten eigentlich längst eine dezentrale Impfstruktur stehen haben mit den niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten, mit den Kommunen, damit unser Land nicht schon wieder von den Fakten überfahren wird.

Ich sage es Ihnen gleich: Ich kann es nicht mehr hören, dass das angeblich nicht geht und gar nicht möglich ist. Wie lange und wie oft haben Sie schon behauptet, was alles nicht geht: beim Wechselunterricht, bei Tests für Lehrer und Lehrerinnen, bei Öffnungsstrategien.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir müssen in diesem Landtag von Baden-Württemberg heute, am voraussichtlich letzten Sitzungstag vor der Landtagswahl, natürlich auch darüber sprechen, wie wir mit den Folgen von Corona umgehen. Ich möchte vor allem den Blick auf die Schülerinnen und Schüler lenken. Seit bald einem Jahr haben wir an unseren Schulen Zustände, wie wir sie nie gekannt haben. Die Erinnerung an Unterricht in Kriegs- und Nachkriegszeiten ist da nicht hilfreich. Es ist absehbar, dass sich daran auch in den nächsten Wochen und Monaten nichts ändern wird, auch nicht mit langsamen Öffnungen ab Mitte des Monats, die hoffentlich nicht nur auf dem Papier von ausreichenden Sicherheitsmaßnahmen und genügend Tests der Schülerinnen und Schüler begleitet werden. Normale Schule ist das nicht. Normale Schule kann es bis zum Erfolg der Impfkampagne wohl auch nicht geben.

Aber, Herr Ministerpräsident, ich weise Sie jetzt bei der Frage der Öffnungsstrategie auf Unterschiede zwischen Ihrer Argumentation und der Argumentation der Kultusministerin hin. Sie haben vorhin hier am Pult davon gesprochen, dass, wenn

es jetzt an den weiterführenden Schulen in den Klassen 5 und 6 Präsenzunterricht gibt, auch auf die Abstandsregelungen geachtet werde. Von Ihnen – außer vom Kollegen Schwarz, der vom Wechselbetrieb gesprochen hat – habe ich jedoch nicht gehört, wie das organisiert werden soll. In Ihrer Pressemitteilung steht, dass die Schüler in voller Klassenstärke in die Schulen kommen sollen, aber im Schulgebäude verteilt werden. Da stellt sich die Frage, wie Sie das schulorganisatorisch leisten wollen.

(Zuruf: Halbierte Klassen!)

Frau Ministerpräsident – – Frau Kultusministerin – –

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall – Zu- und Gegenrufe)

– Der sei der CDU gegönnt; denn das wird der einzige Witz sein, über den Sie in den nächsten Wochen zu lachen haben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Heiterkeit – Beifall – Zurufe)

Die Frau Kultusministerin hat in ihrem Brief von heute Morgen an die Schulen – –

(Zurufe – Unruhe)

– Liebe Frau Finanzministerin, ich schaue an Ihnen vorbei.

(Heiterkeit – Zurufe)

Ich schaue demonstrativ diesen leeren Sitz an.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die Frau Kultusministerin hat heute Morgen in ihrem Brief an die Schulen erklärt, dass die Klassen 5 in Präsenz gehen werden. Da steht weder etwas von einem Wechselunterricht, noch steht da etwas davon, dass diese Schülerinnen und Schüler im Schulgebäude verteilt werden sollen. Da steht auch nichts von der Einhaltung von Abstandsvorschriften.

Herr Ministerpräsident, Sie haben vorhin hier von eingeschränktem Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen in der Schule gesprochen. Das ist ein Begriff, den man an den Kitas geprägt hat, weil es da besondere Regelungen gibt. Mich würde schon interessieren – vielleicht können Sie darauf nachher eine Antwort geben –: Was heißt denn „eingeschränkter Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen“? Wenn alle Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4 wieder an der Schule sind – so habe ich es jedenfalls verstanden; das heißt, kein Wechselbetrieb mehr –, dann möchte ich wissen, wie Sie dafür sorgen wollen, dass auch bei den Kindern unter zehn der Abstand und die AHA-Regeln eingehalten werden. Oder argumentieren Sie noch immer mit dieser Studie aus Heidelberg, nach der Kinder angeblich nicht infektiös seien? Das würde mich hier interessieren. Denn auch viele Menschen draußen im Land interessiert genau diese Frage: Was ist die Grundlage Ihrer Entscheidungen für die Schulen?

Die Schulen verstehen auch nicht, wie Sie immer von geschlossenen Schulen reden können, wenn z. B. die Sonderschulen geöffnet sind und im Normalbetrieb sind – und zwar mit allen Schülerinnen und Schülern – und das Land nicht einmal dafür sorgt, dass es genügend Schutzausstattung für Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler an diesen Schulen gibt.

(Andreas Stoch)

So wird es nichts mit der Öffnung der Schulen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall)

Ich möchte aber jetzt über die Frage der Öffnung der Schulen hinausgehen und Ihnen sagen: Wir müssen auch der Tatsache ins Auge sehen, dass wir nach einem vollen Jahr, nach einem ganzen Jahr ohne normalen Schulunterricht vor richtig großen Herausforderungen stehen. Wenn man richtig große Probleme hat, kommt man nicht mit Klein-Klein weiter, da geht es nicht um ein bisschen Nachhilfe, da geht es nicht um ein, zwei Wochen weniger Sommerferien. Wir haben hier Bildungskarrieren mit richtig dicken Rissen. Da hilft es nicht, einmal feucht durchzuwischen; da muss man vielmehr Stein auf Stein setzen. Deswegen haben wir seitens der SPD-Fraktion in der vergangenen Woche ein Konzept vorgelegt, wie in dieser Krise Stein auf Stein gesetzt werden muss, um all diese Bildungskarrieren zu sichern, um Chancen zu erhalten und zu retten.

Denen, die es nicht verstehen, sage ich noch einmal: Das sind keine Almosen für Schülerinnen und Schüler, sondern das ist ein Muss für dieses Land; denn wir brauchen in der Zukunft jeden klugen Kopf für dieses Land, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall – Zuruf)

Was wir einen Schutzschirm für Schülerinnen und Schüler nennen, ist eine Reihe von besonderen Schritten, die wir in diesen besonderen Zeiten gehen müssen. Schutzschirm für Kommunen: völlig richtig. Schutzschirm für Vereine: Wir haben nie gesagt, dass wir das nicht brauchen würden. Schutzschirm für die Wirtschaft in unserem Land. Aber wir haben im Bildungsbereich bisher an Investitionen lediglich das Geld gesehen, das in die zusätzliche Mittelausstattung der Schulen für technische Endgeräte gesteckt wurde. Das, was das Land beigetragen hat, war die Kofinanzierung der Mittel des Bundes.

Ich möchte gern wissen, wie das Land die Schulen in den nächsten zwei Jahren auf diese Herausforderung einstellen will, nämlich dass die Schülerinnen und Schüler das an Unterstützung bekommen, was sie brauchen, um dieses Coronajahr hinter sich lassen zu können.

Zunächst sollten wir wissen, wie groß diese Risse sind, von denen ich gesprochen habe. Dazu müssen wir den Lernstand der Schülerinnen und Schüler aller Klassenstufen erheben, überall im Land, und mindestens repräsentativ.

Weil es absehbar ist, dass diese Risse zutage treten werden, sollten wir jetzt schon einen Schritt weiter planen und den Schulen mehr Flexibilität erlauben. Es reicht nicht, wenn wir das im Juni, Juli oder August diskutieren. Es geht um mehr Lehrkräfte, um mehr Stunden für individuelle Förderung.

Herr Kollege Schwarz, Sie haben ja das aufgegriffen, was wir in der letzten Woche angeregt haben. Da können Lehramtsstudierende mitwirken, da können Referendare mitwirken, da können vor allem aber auch pädagogische Assistentinnen und Assistenten eine wichtige Ergänzung sein.

Es braucht ein Lernunterstützungsprogramm in Höhe von mindestens 40 Millionen € für unsere Schulen und endlich ei-

ne professionelle Ausstattung mit IT-Fachkräften zur Umsetzung der Digitalisierung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall)

Die Regierung scheint etwas verwirrt zu sein, was meine Hinweise zur Öffnungsstrategie angeht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Die nötige Mehrleistung fällt aber nicht vom Himmel, und die Lehrerinnen und Lehrer arbeiten schon jetzt oft am Anschlag. Deswegen wollen wir Hilfe organisieren, pädagogische Assistentinnen und Assistenten, Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, Fachleute für Schulpsychologie. Auch all das, was nicht das Lernen selbst, aber die Persönlichkeitsentwicklung der Schülerinnen und Schüler betrifft, muss jetzt in den Schulen aufgenommen werden. Dafür brauchen die Schulen vor allem personelle Unterstützung, und zwar nicht in grün-schwarzen Dosen, sondern in notwendigen Größenordnungen. Wir peilen 10 000 solcher Kräfte für unsere Schulen an.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, am Ende meiner Rede möchte ich darauf kommen – wir haben hier auch schon mehrfach darüber gesprochen –, was alles absehbar ist, wenn man die Augen offen hält. Es ist leider absehbar, dass die, die lieber zögern als handeln, von Wahlkampforderungen reden werden. Sie werden das tun, weil sie nichts davon verstanden haben, was die Krise mit dem Land macht, mit Hunderttausenden von Existenzen, mit Familien, mit Millionen von Lebenschancen. Wir können das nicht einfach aussitzen.

Wir können auch nicht einfach erwarten, dass nach der Pandemie alles wieder so läuft wie vorher. Wenn Corona nicht mehr unser größtes Problem sein wird, werden uns andere Probleme wieder einholen: der gewaltige Wandel in der Automobilindustrie, die Digitalisierung, die Wohnungsnot und natürlich auch der Schutz unseres Klimas und der Umwelt.

Viele dieser Themen betreffen Baden-Württemberg mehr als die meisten anderen Länder. Es ist auch absehbar, dass Baden-Württemberg keine Sonderhilfen bekommen wird – nicht vom Bund und nicht von der EU. Da wird unser Land selbst handeln müssen. Da werden wir nicht darauf warten können, was die MPK empfiehlt und was uns die Bundesregierung vorschreibt.

Wenn wir so gut wie möglich aus dieser Krise kommen wollen, dann müssen wir auch hier vorausdenken. Wir müssen jetzt dringend an den Lösungen von morgen arbeiten, und zwar schnell und schneller als alle anderen. Denn unser Land kann nicht weiter das Land sein, das immer nur abwartet, was die anderen machen. Baden-Württemberg hat mehr verdient, und die Leute in diesem Land haben mehr verdient. Sie haben ein Konzept verdient, wie wir gute Arbeitsplätze erhalten.

Wie das geht, hat der Bund gezeigt. Es ist gut, dass dort sozialdemokratische Minister wie Olaf Scholz und Hubertus Heil diese Politik in der Bundesregierung vorangetrieben haben. Das ist teuer, das kostet Kraft. Aber nur so hilft es auch.

Wenn wir gute Arbeitsplätze nicht nur während, sondern auch nach der Krise erhalten wollen, dann muss auch das Land an-

(Andreas Stoch)

packen, und zwar richtig. Dann müssen wir in Dimensionen handeln, die bei Grün-Schwarz undenkbar sind, weil Schwarz nicht will und Grün nicht weiß, wie. Dann brauchen wir massive Anstrengungen bei Bildung und Weiterbildung. Dann können wir uns kleinkarierte Debatten über einige Euro im Bildungsbereich nicht mehr leisten. Dann brauchen wir lebenslanges Lernen.

Dann brauchen wir auch keine Arbeitslosenversicherung, sondern eine Arbeits- und Bildungsversicherung. Dann müssen wir erkennen, wo es der Markt allein nicht richten wird und es auch die großen Konzerne allein nicht richten können. Dann muss der Staat helfen bei Forschung und Transformation, beim digitalen Ausbau. Dann muss die öffentliche Hand Wohnungen gemeinsam mit den privaten Investoren bauen, wie es einst bei einer Wohnungsnot wie heute ganz selbstverständlich war.

Der Bund hat bislang dafür Sorge getragen, dass in dieser Pandemie möglichst wenig vertrocknet und möglichst nichts abstirbt. Aber nach dieser Pandemie wollen wir wieder Wachstum und wollen Blüte. Das wird nicht von allein kommen. Dieses Land ist viele, viele Jahre fast von allein gelaufen, aber jetzt muss auch die Politik einmal anpacken. Denn sonst bleiben wir nicht an der Stelle, an die wir gehören: Das ist vorn.

Baden-Württemberg kann mehr als andere Länder. Deswegen muss auch seine Landesregierung mehr können. Deswegen brauchen wir ein besonderes Bündnis für Arbeit und Innovation. Deswegen brauchen wir auch die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen. Deswegen brauchen wir ein richtiges Klimaschutzgesetz ohne Wenn und Aber und ohne bürokratische Bremsklötze. Deswegen brauchen wir nicht nur ehrgeizige Ziele, sondern auch eine mutige Umsetzung.

Deswegen brauchen wir im Land auch eine echte Verkehrswende, bei der wieder der Staat am Steuer steht, und einen attraktiveren, günstigen öffentlichen Verkehr. Deshalb brauchen wir auch ein 365-€-Ticket.

(Beifall)

Wir haben es mit einer richtig großen Krise zu tun. Mit Zögern und Zaudern, mit einer ruhigen oder gar eingeschlafenen, gelähmten Hand ist es nicht mehr getan – nicht heute, nicht am 14. März und vor allem auch nicht danach.

Es geht darum, dass wir dieses Land nach dieser Krise stark in die Zukunft führen. Es geht darum, dass wir einer der größten Herausforderungen in der Geschichte Baden-Württembergs begegnen. Unser Land muss jetzt endlich zwei bis drei Gänge hochschalten und auf den optimalen Weg gelenkt werden. Dazu braucht es eine Landesregierung, die wieder schalten und lenken kann.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Fraktionsvorsitzender Gögel für die AfD das Wort.

**Abg. Bernd Gögel** AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Jetzt haben wir hier heute Morgen die zukünftigen Koalitionäre, die Verhandler alle hintereinander gehört. Und

alle haben hier den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz mehr oder weniger zugestimmt. Dann sollte sich doch jetzt, am Schluss, auch einmal die Opposition zu Wort melden.

(Beifall)

Das Treffen der Ministerpräsidenten in dieser Woche brachte keine Lösungsstrategie, sondern es hat für mehr Verwirrung und für mehr Unsicherheit in der Bevölkerung gesorgt. Der Schnelltesthammer, den alle bei diesem Treffen erwartet haben, mit dem sogenannten Wundermittel lässt weiter auf sich warten. Im Laufe der Konferenz hat sich nämlich herausgestellt, dass die für Öffnungsschritte als zentral beschriebenen Coronaschnelltests noch gar nicht verfügbar sind, weil der Bund noch keine Tests bestellt hat. Dabei wäre es auch hilfreich gewesen, wenn alle Ministerpräsidenten sowie auch die Bundeskanzlerin den Unterschied zwischen Schnelltest und Selbsttest gekannt hätten.

(Vereinzelt Beifall)

Die von Gesundheitsminister Jens Spahn angekündigte Testoffensive löst sich somit von selbst in Luft auf – und damit auch die viel beschworene Öffnungsperspektive des Coronagipfels vom vergangenen Mittwoch. Die Wiedereröffnung des Einzelhandels wird somit wohl um Wochen verschoben, weil erst im April angeblich genügend Covid-19-Schnell- oder -Selbsttests für einen flächendeckenden wöchentlichen Gebrauch bereitstehen.

Meine Damen und Herren, schon im Vorfeld der Konferenz war klar: Nicht mehr die Inzidenzzahlen, nicht die Intensivbettenkapazität, nicht der R-Faktor und eigentlich auch nicht die Impfstoffe, die ohnehin nicht vorhanden sind, sondern die Schnelltests sollten diesmal für das Ende des Lockdowns sorgen. Darauf müssen die Bürger unseres Landes allerdings noch eine geraume Zeit warten.

Wenn dem Ministerpräsidenten mitten in der Konferenz auffällt, dass man die für die Öffnungsstrategie als elementar bezeichneten Schnelltests noch gar nicht bestellt hat, stellt sich die Frage, ob das bewusster Wille der Regierung oder schlicht und ergreifend ihre Inkompetenz ist.

(Beifall)

Jetzt stelle man sich noch vor: Ihrer Kanzlerin fällt nun ein, dass eine nationale Teststrategie dem europäischen Gedanken der Solidarität widerspreche. Dann wird sie unserem Gesundheitsminister die Handlungskompetenz erneut entziehen und Frau von der Leyen mit der Bestellung von Schnell- und Selbsttests beauftragen. Dann können Sie Ihre Öffnungsstrategie für dieses Jahr vergessen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Lachen)

Dass die Kommunikationsstrategien auf allen Ebenen – ob in der EU, in Berlin oder in Baden-Württemberg – nicht funktionieren und dass auch die Logistikstrategie nicht funktioniert, ist inzwischen allen Bürgern hinlänglich bekannt.

*Die Definition von Wahnsinn ist, immer wieder das Gleiche zu tun und andere Ergebnisse zu erwarten.*

(Bernd Gögel)

Das sagte Albert Einstein, und es passt sehr gut zu Ihrer Planlosigkeit in der Bekämpfung der Coronakrise, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Sie haben jetzt in Ihrer Corona-„Plan-Demie“ eine neue Strategie entwickelt, basierend auf den Schnell- oder Selbsttests. Allerdings sollten Sie berücksichtigen: Die Kosten derzeit noch zwischen 5 € und 10 € pro Stück. Die Idee an sich, besondere Gruppen wie Lehrer und Schüler vor dem Unterricht zu testen, finden auch wir grundsätzlich gut. Leider ist Ihre Idee aus Gründen der Logistik und der Umsetzung kaum durchführbar.

Haben Sie einen Plan B, Herr Kretschmann – er ist leider nicht mehr im Haus –, oder Sie, Herr Lucha?

(Zuruf: Sie schielen, Herr Gögel! – Weitere Zurufe, u. a.: Jetzt ist er raus!)

Wir haben in Baden-Württemberg ca. 5 000 öffentliche und private Schulen, mehr als 1,5 Millionen Schüler und fast 114 000 Lehrer. Wie und wo sollen diese bitte getestet werden? Haben Sie genügend Tests? Das haben wir schon zuvor beantwortet: Das trifft nicht zu. Werden diese auch dauerhaft ausreichen? Wissen wir nicht; diese Frage haben Sie auch nicht beantwortet. Welche Produzenten gibt es in Deutschland und in Europa, und wie groß sind die Produktionskapazitäten dieser Firmen? Das wissen Sie und wir bis heute nicht. Anhand des Impfesasters hätten Sie das eigentlich als Erstes einmal eruieren müssen, bevor Sie hier von einer Testkampagne oder Testoffensive sprechen.

(Beifall)

Wer führt die Schnelltests durch, und wer bescheinigt die Testergebnisse, speziell bei Selbsttests? Wer bescheinigt die bei Schnelltests – Ärzte, Apotheker oder am Ende doch der Bürger selbst? Auch das ist unklar.

Im Übrigen spricht die Regierung von Testungen, die im Minimum einmal pro Woche stattfinden sollten, weil es nur bis zu einer Coronatestung pro Lehrer und Schüler in der Woche kostenfrei sein soll. Soll dies bedeuten, dass die Lehrer und Schüler für die restlichen vier Tage die Testungen selbst finanzieren müssen?

Meine Damen und Herren, was soll diese Strategie denn bringen? Wenn schon, dann sollte man diese Menschen jeden Tag testen. Doch dafür brauchte man allein für Schulen ca. zehn Millionen Tests wöchentlich. Dies zum Thema Logistik.

Wenn Sie aber noch an weitere Testungen denken – das tun Sie ja in Ihrem Papier, das Sie vorlegen –, z. B. vor dem Besuch im Theater oder einer Shoppingtour, dann kann man hier in Baden-Württemberg von 40 bis 50 Millionen Tests pro Woche sprechen, was ganz schnell eine halbe Milliarde Euro ausmacht oder 2 Milliarden € im Monat, über die wir hier in Baden-Württemberg sprechen.

Die Frage dahinter: Wer wird diese Kosten übernehmen? Die Krankenkassen mit Sicherheit nicht. Werden die Bürger in unserem Land diese wie die FFP2-Masken und die Desinfektionsmittel selbst käuflich erwerben müssen?

Übrigens, auch noch nicht einmal in der Debatte vorgekommen: Was machen Sie mit den Müllbergen aus Plastik, die infolge dieser Millionen von Schnelltests entstehen? Die Menschen trinken dann zwar ihren Cocktail aus Bionudel-Strohhalmen, weil es nachhaltig und gut für die Umwelt ist, gleichzeitig propagiert die Regierung jedoch Plastikschnelltests, die später in den Ozeanen dieser Welt schwimmen werden. Das ist Ihre Nachhaltigkeit, meine lieben Damen und Herren, meine lieben Grünen.

(Beifall)

Kein Plan, keine Logistik und die nächste chaotische Kommunikationsstrategie.

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, wie sieht es denn in unseren Nachbarländern aus? In Frankreich, wo die Sieben-Tage-Inzidenz fast doppelt so hoch ist wie in Deutschland, sind Geschäfte und Schulen offen.

In Spanien gelten keine nationalen Regelungen mehr für Covid-19-Einschränkungen. Die 17 autonomen Regionen entscheiden selbst. Doch selbst die strikt vorgehenden Regionen Spaniens erlauben der Wirtschaft mehr, als es bei uns in Deutschland der Fall ist. In Valencia z. B. mit einer Sieben-Tage-Inzidenz von über 450 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner sind alle Geschäfte bis 18 Uhr geöffnet.

Auch in Polen, wo der Inzidenzwert leicht über dem deutschen lag, wurden Geschäfte in Einkaufszentren sowie Museen und Kunstgalerien seit Anfang Februar wieder geöffnet, und seit dem 12. Februar auch Hotels, Pensionen, Kinos und Theater.

In Italien sind Bars und Lokale über die Mittagszeit gut gefüllt, in den Innenräumen genauso wie auf den Terrassen, meine Damen und Herren.

Und in Deutschland? Wir sitzen noch heute im Lockdown – nicht, weil das Virus so entschieden gehabt hätte, sondern weil der Staat nicht gehandelt hat, meine Damen und Herren. Das müssen wir noch mal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall – Zuruf)

Das, was Sie am Mittwoch in der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen haben, ist kein Öffnungskonzept. Das ist überhaupt kein Konzept. Das unterstreicht nur Ihre Hilflosigkeit im Umgang mit der Pandemie.

(Zuruf)

Sie hatten die Absicht, den Bürgern und den betroffenen Unternehmen Hoffnung zu vermitteln. Herausgekommen ist jedoch mehr Verunsicherung und verstärkte Hilflosigkeit bei allen Beteiligten. Ihr 13 Seiten umfassender Beschluss ist von keinem Bürger mehr nachzuvollziehen und hat einen erheblichen Erklärungsbedarf.

Dazu gehört z. B. die Frage des kreisüberschreitenden Umgangs mit unterschiedlichen Inzidenzzahlen – sprich in einem Kreis hat der Einzelhandel geöffnet und in einem anderen aufgrund höherer Zahlen geschlossen –; hierzu schreiben Sie in Ihrem Beschluss, dass sich die beiden Kreise ins Benehmen setzen sollen.

(Bernd Gögel)

(Zuruf)

Ja, haben wir anzunehmen, dass Sie Grenzkontrollen zwischen unseren baden-württembergischen Kreisen einführen wollen?

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, Sie spalten unser Bundesland in Kreise mit allen Grundrechten und Kreise mit eingeschränkten Grundrechten.

Die EU will übrigens noch im März einen EU-Gesetzentwurf für einen europäischen Impfpass,

(Zuruf)

den sogenannten digitalen grünen Pass, für Coronageimpfte vorlegen.

(Zuruf)

– Wenn der schon vorliegt, dann ist es noch schlimmer; dann ist er fast umgesetzt.

Mit dieser Vorgehensweise werden die Bürger in zwei Klassen geteilt: in Geimpfte und Ungeimpfte; in die, die ihre Rechte zurückbekommen, und die, die noch immer nicht am öffentlichen Leben teilnehmen dürfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das hatten wir schon mal in Deutschland! – Zuruf: Das ist wirklich Schwachsinn!)

Ja, meine Damen und Herren, die AfD wehrt sich strikt gegen alle solche Bestrebungen. Mit aller Macht werden wir dagegen kämpfen. Wir haben die Vorgehensweise mehrmals, auch hier im Parlament, stark kritisiert, weil wir dabei eine große Gefahr für unsere Demokratie sehen, eine Gefahr für unsere Grundrechte, die den Bürgern unseres Landes beschnitten werden, die Grundrechte, die jedem zustehen. Denn diese sind nicht verhandelbar, meine Damen und Herren. Weder Brüssel noch Berlin noch Stuttgart haben das Recht, unsere Gesellschaft zu spalten,

(Zuruf: Schwachsinn!)

eine Zweiklassengesellschaft einzuführen in Geimpfte und Ungeimpfte.

Alle Menschen in unserem Land müssen mit Respekt behandelt werden. Alle Menschen müssen die gleichen Rechte haben und die gleichen Freiheiten genießen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Weder die Bundeskanzlerin noch die EU-Kommissionspräsidentin noch Sie, Herr Ministerpräsident, auch nicht der Verfassungsschutz, wie wir seit einigen Minuten wissen, stehen über dem Gesetz und über unserer Verfassung. Daher dürfen Sie nicht über die Rechte und Freiheiten der Menschen entscheiden, diese beschneiden, entziehen oder selbst regeln, wer welche Rechte und Freiheiten zu welchem Zeitpunkt zurückbekommt und wer nicht.

Wissen Sie, warum? Weil unsere Verfassung diese Rechte schon geregelt hat, und zwar ohne Teilung der Gesellschaft in

mehrere Gruppen. Die Rechte und Freiheiten stehen jedem in diesem Land zu.

(Beifall)

Der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier hat es so formuliert – das sollten wir alle uns hinter die Ohren schreiben, speziell die Regierung –:

*„Das Grundgesetz ist kein Poesiealbum für Wünsche.“  
Es ist eine Leitlinie für das Staatswesen, ähnlich wie die Zehn Gebote.*

(Beifall)

Wir, die AfD-Landtagsfraktion, auch die AfD-Partei, haben uns von Anfang an gegen diese Lockdowns ausgesprochen. Mit Ihrer Zustimmung zu unserem heutigen Entschließungsantrag zu einem realistischen und bürgernahen Umgang mit der Ausbreitung des Coronavirus und der zügigen Beendigung des Lockdowns haben Sie die Möglichkeit, konsequent zu handeln und den Bürgern ihre Grundrechte zurückzugeben, meine Damen und Herren.

Wir fordern, dass die Betriebsuntersagungen in den Stadt- und Landkreisen aufgehoben werden, in denen die pandemiebedingte Auslastung der Intensivbettenkapazität mit Covid-19-Patienten im Wochendurchschnitt auf unter 20 % gesunken ist.

(Beifall)

Apropos Intensivbettenkapazitäten: Aktuell beschäftigen uns Schlagzeilen wie folgende – ich zitiere FOCUS Online vom 4. März –:

*Ärzte besorgt über viele Covid-Patienten mit Migrationshintergrund – Kliniken starten Aufklärung*

und aus der „Bild“-Zeitung vom 3. März:

*Corona: Hoher Anteil der Intensivpatienten hat Migrationshintergrund*

Hierzu zitiere ich RKI-Chef Lothar Wieler:

*Das Ganze hat für Berlin ... Auswirkungen. Das ist ein echtes Problem.*

Meine Damen und Herren, beispielsweise in der Schweiz oder in Österreich berichten die Medien über eine überdurchschnittlich hohe Zahl:

*70 Prozent Coronapatienten mit Migrationshintergrund ...*

Darüber hat noch im Dezember 2020 die „Basler Zeitung“ berichtet.

Der österreichische Intensivmediziner Burkhard Gustorff bestätigte diesen Trend und erklärte, dass in seiner Wiener Klinik rund 60 % der Corona-Intensivpatienten Menschen mit Migrationshintergrund waren.

(Zurufe, u. a.: Was wollen Sie uns jetzt damit sagen?  
– Welche Lösung haben Sie?)

– Ich werde es Ihnen gleich sagen.

(Bernd Gögel)

(Zuruf: Sie nehmen aber lange Anlauf, um nicht zu springen!)

– Ich darf in meiner Rede fortfahren; dann werden Sie wissen, was ich damit sagen will. Das wird Ihnen nicht gefallen.

(Zuruf: Ach nö! – Unruhe)

Warum hören wir in Deutschland nichts von diesem Problem? Woran liegt das?

(Zurufe)

Wenn wir das nicht vorbringen würden, würden wir hier keinen Ton über diese Themen hören. Warum hören wir nichts über diese Probleme? Das will ich Ihnen sagen.

(Beifall)

Woran liegt es überhaupt, dass Menschen dieser Gruppe auf den intensivmedizinischen Stationen landen? Die Coronaverordnungen der Regierenden sind schon für Muttersprachler unverständlich und verwirrend. Haben die Migrationsbeauftragten des Landes – in Baden-Württemberg sind es über 200 Migrationsbeauftragte – hier eventuell versagt, Herr Lucha? Sie müssen mal erklären, was Sie zur Aufklärung der Menschen dieser Gruppe getan haben. Augenscheinlich haben Sie da nichts erreicht.

(Zurufe)

Ihre Kommunikationsstrategie hat auch in diesem Bereich komplett versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Unser Gesundheitssystem – das ist die AfD-Position – ist die einzig tolerierbare Messgröße in dieser Pandemie, meine Damen und Herren. Hören Sie auf mit Ihren Inzidenzzahlen, mit Ihrem R-Faktor, mit Ihrer Teststrategie. Den Impfstoff haben Sie nicht beschaffen können.

(Zuruf)

Schauen Sie auf die Zahlen, die unser Gesundheitswesen tatsächlich verkraften kann.

An dieser Stelle möchte ich mit der Aussage der Hauptgeschäftsführerin des Handelsverbands Baden-Württemberg, Sabine Hagmann, abschließen. Ich zitiere:

*Wir dürfen nicht mehr auf die Inzidenzzahlen starren, wir müssen mit dem Coronavirus leben.*

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das sagt die AfD hier seit Monaten. Hören Sie auf, auf diese Zahlen zu starren. Akzeptieren Sie endlich, dass wir ein neues Virus in dieser Welt haben, vergleichbar mit allen anderen Grippeviren. Wir werden das Virus nicht besiegen. Wir müssen mit ihm leben. Aber wir wollen in Freiheit mit ihm leben, nicht in Gefangenschaft und mit der Aussetzung von Grundrechten.

Wenn Sie wirklich an die Zukunft eines normalen Lebens in diesem Land, in diesem schönen Bundesland, glauben, dann stimmen Sie unserem Antrag zu. Ich bin davon überzeugt: Ei-

ne große Zahl der Wähler wird es nicht nur uns, sondern vielleicht auch Ihnen danken.

Vielen Dank.

(Beifall)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen – – Doch. Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ist es Absicht oder nicht, wenn Sie mich immer übersehen? Ich hatte mein Gesprächsansinnen vorhin schon angemeldet! – Gegenrufe: „Gesprächsansinnen“! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Junge, Junge! Wahnsinn! – Abg. Reinhold Gall SPD zu Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bitte halten Sie uns nicht über Gebühr auf! – Weitere Zurufe – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Bitte sorgen Sie dafür, dass ich hier nicht in ungebührlicher Weise beleidigt werde! – Vereinzelt Lachen – Gegenrufe, u. a. Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Wo war die Beleidigung? – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Man kann auch um Beleidigungen betteln! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Hier bettelt niemand um Beleidigungen, aber das ist Ihnen offensichtlich entgangen! Sie neigen ja gern zu solchen Übergriffigkeiten! – Lachen)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z!

(Unruhe)

Was ist der Kristallisationspunkt dieser ganzen Debatte? Es geht um „Testen, testen, testen“ und um „Impfen, impfen, impfen“ –

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja!)

unter der großen Überschrift einer mutmaßlichen Pandemie.

Kaum jemand macht sich überhaupt Gedanken zum Thema Impfen. Ich möchte den Schwerpunkt darauf setzen und empfehle Ihnen das Buch „Corona-Impfstoffe: Rettung oder Risiko?“ von Clemens Arvay. Bestellen Sie sich dieses Buch, und lesen Sie es sorgfältig, damit Sie zumindest etwas von dem verstehen, was Sie hier so grob fahrlässig propagieren.

Wir haben es mit einer medizinischen Maßnahme zu tun – vielleicht ist es auch eine Kampfmaßnahme; niemand weiß es so recht – mit Wirkprinzipien, die am Menschen noch nie wirklich untersucht worden sind. Der Vektorimpfstoff der Firma AstraZeneca besteht im Übrigen teilweise aus den Überbleibseln eines abgetriebenen Kindes. Das wird insbesondere den Herrschaften von der CDU – – Herr Professor Reinhart, hören Sie einmal her! – Der Impfstoff von AstraZeneca, den Sie vorhin propagiert haben, beinhaltet Überbleibsel eines abgetriebenen Kindes. Können Sie das wirklich guten Gewissens empfehlen?

Der mRNA-Impfstoff ist in seiner Wirksamkeit noch völlig unausgegoren. Es gibt keine Langzeitbetrachtungen, und das, was wir knappen Studien über Tierexperimente hierzu entnommen haben, ist nicht wirklich sehr ermutigend.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Wie können Sie also hier Wirkprinzipien propagieren und massiv durchsetzen? Wie können Sie die Menschen geradezu drängen – als ob es hier um das Allerletzte, als ob es hier um einen Schlussverkauf gehen würde, zu dem jeder heranpressen müsste –, sich möglichst schnell impfen zu lassen, weil angeblich nur so diese Pandemie mutmaßlich in Schach gehalten werden kann? Wie können Sie das tun, wenn Sie nicht wissen, ob vielleicht in einem Jahr, in zwei Jahren, in fünf Jahren schwerste Nebenwirkungen hieraus resultieren?

Interessant ist ja, dass es hier in Deutschland einen Forscher gibt – es ist Winfried Stöcker aus Lübeck –, der einen klassischen Impfstoff entwickelt hat, nämlich einen Antigen-Impfstoff. Er hat größte Schwierigkeiten mit der Staatsanwaltschaft. Er ist ein reicher Mann, und er hat diesen Stoff entwickelt, der einfach herzustellen ist, der einfach anzuwenden ist und der wahrscheinlich hochwirksam ist. Aber er kommt damit nicht durch. Stattdessen fokussiert sich alles auf diese extrem teuren Dinge, die für Abermilliarden von Euro verhökert werden.

Im Hintergrund stehen die Tests und die Inzidenzen. Die Inzidenzen basieren ja auf diesen Tests. Man behauptet nach wie vor – dies ist aber tatsächlich schon längst widerlegt –, dass ein positiver Test mit einer Infektion gleichzusetzen wäre. Das ist jedoch mitnichten der Fall.

Das Problem der falsch positiven Tests wird ebenfalls unterschlagen. Diese Tests sind in keiner Weise tauglich, um eine Infektion überhaupt festzustellen; trotzdem zwingt man die Menschen dazu. Besonders perfide ist das bei Kindern, denen man die Stocherei durch die Nase, durch den Rachen hindurch einfach unbegrenzt zumutet. Aber auch alle Bürger müssen nach Ihrem Willen offensichtlich diese Tests ...

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Ende.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): ... ständig über sich ergehen lassen. Hören Sie mit diesem Sadismus auf, hören Sie damit auf, die Menschen – –

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Kommen Sie bitte zum Schluss! Hören Sie bitte auf, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Öffnen Sie die Pforten! Stampfen Sie diese Maßnahmen ein, geben Sie den Bürgern endlich ihre Freiheiten zurück! Wir haben keine Pandemie, die das alles rechtfertigen würde.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Als Nächster hat Herr Abg. Dr. Gedeon das Wort.

(Zurufe – Unruhe – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Wie viele Minuten? Fünf? – Gegenrufe: Zwei! – Drei! – Weitere Zurufe)

**Abg. Dr. Wolfgang Gedeon** (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Coronapolitik basiert auf Betrug. Das hat gerade erst wieder der Artikel in der WELT gezeigt.

Es ging um die Ereignisse im Innenministerium im März 2020: Herr Seehofer und sein Staatssekretär Kerber haben die Medien und die Wissenschaft nicht nur zu Alarmismus und

Panikmache animiert und angehalten, sie haben ihnen regelrecht falsche Zahlen aufgezwungen.

Das RKI hat damals bei Corona von einer Letalitätsrate von 0,56 % gesprochen. Dieser Wert war ihnen zu niedrig. Deswegen hat das Leibniz-Institut dann willkürlich 1,2 % gesagt. Diese Zahl hat man dann propagiert.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, so macht die Politik die Wissenschaft und die Medien zur Hure des Systems.

(Zuruf)

Sie sprechen jetzt von „Lockerung“, meine Damen und Herren. Es ist keine Lockerung passiert und schon gar kein Paradigmenwechsel. Das ist allenfalls eine veränderte Verkaufsstrategie, die Sie machen. Sie betreiben weiterhin den Dauer-Lockdown. Wir haben hier einen schleichenden Übergang in einen Dauer-Lockdown. Das ist das tatsächliche Ziel der Merkel-Politik und Ihres Regimes.

Meine Damen und Herren, die ganze Panikmache mit den Mutanten hat keine belegte Grundlage. Es heißt plötzlich, die Mutanten könnten immer mehr junge Leute auf die Intensivstationen bringen. Es gibt nichts, was darauf hinweist – rein gar nichts. Woher hat man das? Das soll man uns bitte sagen. Wenn man das nicht sagen kann, dann ist es wieder unverantwortliche Panikmache.

(Zurufe)

Dann noch ein Wort zur Impfpflicht. Herr Fiechtner ist schon intensiv darauf eingegangen. Wir haben jetzt die Zahlen von sehr großen Kollektiven in Israel. Nach ersten Rechnungen ist aus diesen ersichtlich, dass das Mortalitätsrisiko bei über 65-Jährigen, die geimpft sind, um 40 % höher liegt als bei denjenigen, die nicht geimpft sind.

(Zuruf)

Bei den unter 65-Jährigen ist das Risiko sogar um 260 % höher. Das sollte doch einmal aufhorchen lassen, meine Damen und Herren Maßnahmenpolitiker von der Regierung.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe)

Das ficht Sie alles nicht an. Sie behalten Ihre Leitlinie. Diese bedeutet letztlich: „Mehr Diktatur wagen.“ So wurde es vor ein paar Tagen provokant in der „Süddeutschen Zeitung“ ausgedrückt. „Mehr Diktatur wagen“, meine Damen und Herren, das wollen wir nicht.

(Zuruf)

Wir halten es weiter damit, dass wir mehr Demokratie wagen. Das reicht heute nicht aus. Es muss nämlich heute heißen: Wer mehr Demokratie wagen will, muss mehr Revolution wagen.

(Zurufe)

Wenn die Herrschenden mehr Diktatur wagen, dann werden die Beherrschten mehr Revolution wagen müssen gegen die Notstandspolitik und gegen die Polizeistaatsmaßnahmen, meine Damen und Herren.

(Unruhe)

(Dr. Wolfgang Gedeon)

„Mehr Revolution wagen“, das ist die richtige Antwort auf Ihre Politik.

(Zurufe, u. a.: Genau!)

Wenn Sie so weitermachen, dann werden Sie diese Antwort bekommen.

Danke schön.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was ist mit den Gestorbenen in den Altersheimen nach der Impfung? Dieser dramatische Anstieg der Sterblichkeit in den Altersheimen!)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir haben nun noch über die vorliegenden Entschließungsanträge abzustimmen.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. – Ich beginne mit dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 16/9987. Sie sind damit einverstanden, dass ich über den Antrag mit den Abschnitten I und II insgesamt abstimmen lasse. – Meine Herren von der SPD, ich stelle gerade Ihren Entschließungsantrag zur Abstimmung.

(Zuruf von der SPD: Ja, da ist unser PGF! – Abg. Reinhold Gall SPD: Mir ist schon ganz schwindelig vor lauter Nicken!)

– Trotzdem: Es wäre schön, der Fraktionsvorsitzende würde mitmachen.

Wer stimmt diesem Antrag zu? – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu dem Entschließungsantrag der Fraktion der AfD, Drucksache 16/9990. Ich schlage Ihnen auch hier vor, den Antrag mit den Abschnitten I und II insgesamt zur Abstimmung zu stellen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt komme ich zu dem Entschließungsantrag – –

(Zuruf – Unruhe)

– Wir befinden uns mitten in der Abstimmung. Nehmen Sie bitte Ihren Platz ein.

Ich lasse über den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9992, abstimmen. Sind Sie damit einverstanden, dass ich auch hier die Abschnitte I und II zusammenfasse? – Das ist der Fall. Wer stimmt diesem Antrag zu?

(Zuruf: Daneben! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das wäre der von den Regierungsfractionen!)

– Es geht um den Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9992.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall – Abg. Anton Baron AfD: Keine Mehrheit! – Zuruf: Oijoi! – Unruhe)

Lassen Sie sich doch bitte nicht von Herrn Abg. Dr. Fiechtner ablenken.

(Zurufe, u. a.: Nein! – Die wollen nicht zustimmen!)

Wer stimmt dem Entschließungsantrag der Regierungsfractionen, Drucksache 16/9992, zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Jetzt lasse ich über den Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 16/9994, abstimmen. Auch hier lasse ich über die Abschnitte I und II zusammen abstimmen. – Damit sind Sie einverstanden. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie möchten jetzt gern zu Ihrem Abstimmungsverhalten einen Kommentar abgeben.

(Zurufe, u. a.: Meine Güte! – Das sieht die Geschäftsordnung nicht vor!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Demokratie ist wirklich schwer, und manche haben mit einer rechtsstaatlichen Demokratie so richtig ihre Schwierigkeiten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sparen Sie sich Ihre Belehrungen!)

Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Ich möchte mein Abstimmungsverhalten zum Antrag der AfD erklären.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das interessiert keinen Menschen!)

Ich habe mit Nein abgestimmt.

(Zurufe – Unruhe)

Warum habe ich mit Nein abgestimmt, obwohl dieser Antrag eigentlich der beste war, der heute überhaupt zur Abstimmung gestellt wurde?

Mir geht dieser Antrag einfach nicht weit genug. Ich hätte von der AfD erwartet, dass sie ganz klar die sofortige, ultimative, vollständige Beendigung aller Coronamaßnahmen fordert, dass sie das sofortige Ende der Impf- und Testkampagnen fordert.

Warum sollte sie auch das Ende der Impfkampagne fordern? Wir haben mittlerweile Daten aus Alters- und Pflegeheimen aus unterschiedlichsten Landkreisen der gesamten Republik, in denen in den Monaten Januar und Februar, also seit die Impfkampagne gestartet ist – am 27. Dezember letzten Jahres –, die Zahl der Verstorbenen im Alter von um die 80 Jahren, also der von Ihnen so deklarierten Risikogruppen, um ein Vielfaches in die Höhe geschnellt ist: fünffacher, manchmal sogar vierzigfacher Anstieg der Todeszahlen, wesentlich mehr, als im gesamten Jahr davor in dieser Altersgruppe gestorben sind.

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Interessant ist zudem, dass der Generalstaatsanwalt Baden-Württembergs es kategorisch ablehnt, Obduktionen von Personen, die in unmittelbarem zeitlichen Zusammenhang mit diesen sogenannten Impfungen verstorben sind, anzuordnen. Ein Schelm, der Arges dabei denkt.

(Zurufe)

Vielleicht ist es Strafvereitelung im Amt. Meiner Meinung nach müsste man diesen Generalstaatsanwalt wirklich mal ganz genau unter die Lupe nehmen. Vielleicht ist das mal ein Einsatzgebiet für den Verfassungsschutz, um diese Art von Aktivitäten näher zu beleuchten.

Aus meiner Sicht muss dieser Landtag endlich zur Vernunft kommen. Da ist der Antrag der AfD nicht schlecht, aber er geht nicht weit genug. Einstampfen aller Maßnahmen! Geben Sie den Menschen das zurück, was Sie ihnen ohnehin nicht hätten nehmen dürfen, nämlich Grundrechte und Freiheiten! Grundrechte sind keine Privilegien, die man bei gefälligem Verhalten zugeteilt bekommt.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn du schön brav bist, darfst du auch einkaufen gehen,

(Zuruf: Missbrauch der Erklärung zur Abstimmung!)

wenn du brav bist, darfst du vielleicht auch mal verreisen, darfst du dich vielleicht mit deinen Freunden treffen. Vielmehr gelten Grundrechte ohne Wenn und Aber. Wenn ich mich mit meinen Freunden treffen will, dann tue ich das. Wenn ich reden will, dann tue ich das. Wenn ich demonstrieren will,

(Zurufe)

dann tue ich das. Ich brauche hierfür keine Genehmigung von irgendjemandem. Wenn ich in ein Restaurant gehen will, dann gehe ich in das Restaurant.

(Zurufe)

Und wenn ich der Koch im Restaurant bin, dann koche ich für meine Gäste und lasse mir den Lebensunterhalt nicht streitig machen.

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte wieder ein bisschen zur Ruhe.

(Zurufe, u. a. Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch: Vermutlich war es seine letzte Rede!)

**Abg. Dr. Heinrich Fiechtner** (fraktionslos): Alles gut, Frau Vizepräsident, alles gut.

(Unruhe)

**Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz:** Wir machen jetzt in aller Ruhe weiter und kommen unter Buchstabe b zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 16/9983.

(Anhaltende Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. – Wer dieser Verordnung gemäß § 2 Absatz 5 des Gesetzes über den Erlass infekti-

schützender Maßnahmen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Verordnung mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben Tagesordnungspunkt 1 damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer Mainbrücke“ sowie „Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim“ – Drucksache 16/9921**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Verkehr – Drucksache 16/9985**

**Berichterstatter: Abg. Karl Rombach**

Die Fraktionen sind übereingekommen, dass wir hier in der Zweiten Beratung auf die Aussprache verzichten.

Wir kommen in der Zweiten Beratung damit gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/9921. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Drucksache 16/9985. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf unverändert zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Wer diesem Artikel zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke sehr. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. März 2021 das folgende Gesetz beschlossen:“.

(Unruhe)

– Ich darf um Aufmerksamkeit auch auf der Regierungsbank bitten.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Planfeststellungen für die Maßnahmen „Verlegung der L 2310 neu/St 2315 bei Collenberg (Ortsteil Kirschfurt) mit Neubau einer

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Mainbrücke‘ und ‚Ersatzneubau der Brücke über den Main bei Wertheim–Kreuzwertheim‘“. – Sie stimmen dieser langen Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine. Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** und **Punkt 4** der Tagesordnung gemeinsam auf:

#### **Punkt 3:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksache 16/9951**

#### **Punkt 4:**

**Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 16/9955**

Hierzu stelle ich die Zustimmung entsprechend § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung fest. – Es ist so beschlossen.

Ich darf noch bekannt geben, dass sich die Mitglieder des Ständigen Ausschusses in einer Stunde zu ihrer Sitzung hier im Plenarsaal treffen.

Wir sind jetzt am Ende der Tagesordnung angelangt.

Wir wissen noch nicht, wann wir uns im Hinblick auf die erforderliche Zustimmung zur Corona-Verordnung der Landesregierung noch mal treffen müssen. Den Termin werden wir Ihnen baldmöglichst mitteilen.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

**Schluss: 12:47 Uhr**